

Arbeiter-Zeitung

erschient täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Vorkosten = 60 Pf., monatlich 2.10 Mk. + 50 Pf. Vorkosten = 2.60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 Mk., unter Streifen 3 Mk. Anzeigenpreis: Die schmalste Zeile 10 Pf., unter Streifen 8 Pf., Raum 12 Pf., Vereins- und Veranlassungsanzeigen 6 Pf., Kleinanzeigen: Die dreizehnbändige Wochenschrift oder deren Raum im Wert 10 Pf., die dreizehnbändige Wochenschrift oder deren Raum im Wert 10 Pf., die dreizehnbändige Wochenschrift oder deren Raum im Wert 10 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion am 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlessien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, 4. Stockwerk, Telefon 480 39. Verlagsstelle: Breslau 544, Reibstock: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 480 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Opatowitz, Lunitz 6, Telefon 25 64. Geschäftsstelle von 8-10 Uhr. Geschäftsstelle: Hauptverlag Breslau, Berlin, Schöneberg, Verlags-Gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Arbeiter-Zeitung“ AG, Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 484 88.

Für die kämpfende Einheitsfront!

Die KPD.-Delegierten des Kampftongresses rufen zum Kampf gegen den Faschismus

28 KPD.-Delegierte haben am Sonntag auf dem Kampftongress gegen den Faschismus folgenden Appell beschlossen:

An die KPD.-Arbeiter Schlesiens!

Die Unternehmer führen eine Lohnabbauoffensive durch; die Brüning-Regierung baut die Unterfütterung der Erwerbslosen ab, verschärft die Krankenversicherung, erhöht die Steuern, beseitigt die letzten Reste der Scheindemokratie.

Die Sturmabteilungen Hitlers schlagen Arbeiter nieder, ziehen mordend durchs Land.

Kampfgewaltigen — oft unsere eigenen „Parteilgenossen“ — lassen auf hungernde Erwerbslose schießen. Eine faschistische Justiz wirft Klassenbewusste Proletarier zu Tausenden ins Gefängnis.

Die Republik ist ein kapitalistischer Staat, der mit faschistischen Methoden die wertvolle Bevölkerung unterdrückt. Als aktive Kampfgruppe zum Schutze des Kapitals treten heute die Falenkreuzbanden auf. Trotz des Scheiterns gegen die Nazis stehen die KPD.-Führer in einer Front mit allen Feinden des Proletariats, bilden mit diesen gemeinsam den Schutzwall für das kapitalistische System.

Es ist nicht eine Tatsache, daß heute Arbeiter gegen Lohnabbau streiken, die Gewerkschaftsführer den Streikbruch organisieren, daß unsere Kampfgewaltigen zum Schutze der Streikbrecher die Schupo einlegen und auf demonstrierende Arbeiter schießen lassen? Wird nicht jede arbeitereindliche Handlung der Brüning-Regierung von der KPD.-Reichstagsfraktion und der Preußen-Regierung ermöglicht, ja sogar unterstützt?

Wer aber hat, wie die gesamte wertvolle Bevölkerung, den Lohnabbau, den Unterfütterungsraub, die neuen Steuern zu tragen? Sowohl die sozialdemokratischen wie die kommunistischen Proleten! Wer wird schikanieren und unterdrücken? Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter! Wen werden die Falenkreuzler? Die Kommunisten und Sozialdemokraten!

Das gleiche bedeutet aber auch, daß Kommunisten und sozialdemo-

kratische Arbeiter die gleichen Interessen haben. Das Klasseninteresse des Proletariats erfordert aber heute dringender denn je die Herstellung einer

Kämpfenden Einheitsfront.

Die Einheitsfront muß entstehen im Kampfe gegen den Faschismus. Nicht nur eine Einheitsfront der Verteidigung gegen faschistische Überfälle, sondern eine einheitliche Kampffront des Angriffs gegen das kapitalistische Ausbeutersystem und seine faschistischen Mordkolonnen. Wir, die unterzeichneten sozialdemokratischen Delegierten zum Kampftongress gegen den Faschismus, appellieren deshalb an euch, KPD.-Parteilgenossen, alles zu tun, um diese Einheitsfront herzustellen. Wir haben den ersten Schritt gemacht, haben mit kommunistischen und parteilosen Arbeitern zusammen auf dem Kampftongress beraten. Wir werden den nächsten Schritt tun und fordern euch auf, mitzuwirken, die Einheitsfront zu schaffen!

Was ist als erstes zu tun?

Bildet überall, zusammen mit den parteilosen und kommunistischen

Arbeitern, einen Aktionsausschuß gegen den Faschismus. Schafft rote Betriebswehren. Kämpft einheitlich im Kampfband gegen den Faschismus Schulter an Schulter mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern! Wenn ihr einheitlich kämpft, kann wird die braune Wordpekt vernichtet!

Organisiert Wirtschaftskämpfe gegen Lohn- und Unterfütterungsraub, wehrt den Streikbruch mit allen Mitteln ab, bildet Kampfausschüsse zur Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe, die unter Führung der KPD. durchgeführt werden. Bedenkt, daß in nächster Zeit bei fünf Millionen Arbeitern die Tarife ablaufen. Eine neue Lohnabbauwelle wird einlegen, dagegen gilt es, den Kampf zu organisieren. Vorwärts unter den alten roten Fahnen, unter dem Banner des Marxismus kämpft einheitlich und entschlossen!

Die roten Arbeiterbataillone werden das Übergezeißte des Faschismus, die Falenkreuzbanden, vernichten, das kapitalistische System zerbrechen und damit den Weg frei machen für den Aufbau des Sozialismus!

KPD.-Arbeiter seid ihr für Panzerschiffe?

Berlin, 2. März. Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit, daß sie bei der Beratung des Wehretats im Reichstag nicht nur wie bisher Streichungsanträge gegen die Räte für den Panzerkreuzer A stellen wird, sondern selbstverständlich auch gegen die neu eingesetzte Räte für den Panzerkreuzer B und gegen die Bestimmungen des Etats, die den Bau einer ganzen

Panzerkreuzerflotte von 8000 bis 10 000-Tonnen-Panzerkreuzern und drei 6000-Tonnen-Kreuzern vorsehen.

Würde die Sozialdemokratie diesen Anträgen zustimmen, so wäre eine Mehrheit dafür im Reichstag vorhanden. Wenn die sozialdemokratische Fraktion ihre Anträge aus dem letzten Jahre auf Herabsetzung des Wehretats um 104 Millionen Mark wieder aufnehmen würde oder etwa den früheren Antrag auf Herabsetzung des Wehretats auf 500 Millionen Mark jetzt wieder stellen würde, hätten diese Anträge selbstverständlich die Zustimmung der kommunistischen Fraktion, so daß dann für diese Anträge eine Mehrheit vorhanden wäre.

Die kommunistische Fraktion wird natürlich den gesamten Reichswehr- und Marineetat ablehnen.

Diese Mitteilung der kommunistischen Reichstagsfraktion geht alle sozialdemokratischen Arbeiter an. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt heute zu einer Sitzung zusammen, in der voraussichtlich über die Stellung zum Wehretat und zu den dazu vorliegenden kommunistischen Anträgen Beschluß gefaßt werden wird. Wie dieser Beschluß aussehen soll, ist von den KPD.-Führern schon ziemlich deutlich angedeutet worden. Im „Vorwärts“ veröffentlichte Dittmann ein gütlich offenes Bekenntnis zu Brüning's Panzerkreuzern. Um so entscheidender müssen die sozialdemokratischen Arbeiter, die auch diesmal, wie immer, keinen Einfluß auf die Beschüsse der Reichstagsfraktion haben, Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen und parteilosen Klassengenossen den Kampf gegen die faschistische Rüstungspolitik, den Zollwucher und die Steuerplünderung führen.

Streik gegen Entlassung

Bei der Abbruchfirma Rosenbergs, Bankette Hotel „Imperial“, in Breslau, auf der Ohlauer Straße, wurde am Sonntag ein Prolet, Vater von vier Kindern, entlassen, weil er Ziegelgeld verlangte, welches vom Unternehmer versprochen worden war. Als Entlassungsgrund wurde Arbeitsmangel angegeben. Gestern wurde trotzdem ein neuer Arbeiter eingestellt. Daraufhin legten alle Kollegen die Arbeit nieder.

Die Gewerkschaftsbürokratie nahm sofort Verhandlungen auf, mit dem Ziel, den Streik so schnell wie möglich beizulegen. Die Kollegen jedoch beharren auf der Biedereinstellung des Entlassenen. Der Streik auf der Ohlauer Straße zeigt, daß der Kampfwille der Arbeiter im Wachen begriffen ist. Kollegen in allen Betrieben: Laßt euch den direkten und indirekten Lohnraub nicht gefallen. Organisiert unter Führung der KPD. den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub! Macht rote Betriebsräte, die euch Führer sein müssen im Kampf gegen die Lohnrauboffensive der Unternehmer!

Gieg der Kommunisten in Braunschweig

Der Nazivormarsch zu Ende — Ihr Rückgang unvermeidlich — Trotz der gewaltigsten Bestechung durch die korrupten Naziführer keine Arbeiterstimme mehr erhalten — Die Noske-Partei verliert 13 000 Stimmen — Neue Niederlage der Nazistrolche

Da uns gestern bei Reaktionschluss noch ein genaues Resultat der Wahlen in Braunschweig nicht vorlag, konnten wir nur eine ungenügende Würdigung des Resultats vornehmen. Nachdem nunmehr die amtlichen Ziffern vorliegen, stellt sich heraus, daß unsere Partei einen gewaltigen Sieg errungen, einen Sieg, der bereits seinen Widerhall in der Brüning-Regierung gefunden hat, die durch ihre Presse schreien läßt, „daß in der Tat die KPD. die einzige Partei ist, die ihren Vormarsch vom 14. September fortsetzt, während die Nazis zum Stehen gekommen sind.“ Das ist verständlich, wenn man bedenkt, welche fleißigen Anstrengungen in Braunschweig alle Parteien gemacht haben, um den Vormarsch unserer Partei zu hemmen.

Nicht nur hat die Hitler-Partei seit Wochen Braunschweig zu einem regelrechten Nazi-Reich umgestaltet, und mit den Geldern der Braunschweiger Kapitalisten sich Stimmen förmlich gekauft, sondern auch die anderen Parteien haben Millionen aufgewendet, um die Wähler zu betriegen.

Ganz besonders hat die SPD. hat es versucht, es den Nazis gleich zu tun. Am Tage vor der Wahl hat sie noch ihren Sewering und den für Berlins Oberbürgermeisterposten ausersehenen Oberbürgermeister Brauer aus Altona herangeholt, um in Braunschweig den Weg für die Eroberung der früher innegehabten Futtertruppen freizumachen. Die Arbeiter Braunschweigs aber haben dem „kleinen Meta-Arbeiter“ die Antwort erteilt, die dem Verräter gebührt.

13 000 Stimmen Verlust für die Partei Sewering's, das ist die Quittung.

Ebenso bedeutsam ist der Ausgang der Wahl für die Nazis. Sie haben ungeachtet der revolutionären Komödie beim Auszug aus dem Reichs-

tag mit Bestimmtheit damit gerechnet, einen mindestens ähnlichen Sieg zu erringen wie am 14. September. Hitler selbst hat die Wahl geleitet, die Geldunterstützung floß überreichlich zum Kauf von Stimmen, und das Ergebnis, die unleugbare Tatsache, daß nicht nur Stillstand, sondern sogar bereits teilweiser Rückgang der Nazis eingetreten ist. Der ganz geringfügige Gewinn von insgesamt 1144 Stimmen kann angesichts der gemachten Anstrengungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nazis ihren erzwungenen Höhepunkt überschritten und ihr Niedergang daher unvermeidlich ist. Diese Tatsache wird noch sehr eindeutig durch den gewaltigen Verlust der den Nazis nahestehenden Parteien. Das Ergebnis sieht im ganzen wie folgt aus:

Partei	Kommunalwahl	Mand.	Stg.-Wahl	Stg.-Wahl
KPD.	113 216	42	126 993	125 586
NSDAP.	84 511	32	83 397	67 762
Bürgerliche	61 457	21	81 788	91 804
KPD.	25 974	7	21 314	20 988

Im ganzen hat unsere Partei einen reinen Stimmengewinn von 39,8 Prozent zu verzeichnen. Da unsere Partei schon bei der September-Wahl einen großen Vormarsch im Freistaat Braunschweig gemacht hat, bekommt der Sieg vom vergangenen Sonntag erhöhte Bedeutung.

Was aber noch besonders hervorgehoben werden muß, ist die Tatsache, daß dieser Gewinn in entscheidender Weise unserem Kampf gegen den Faschismus zuzuschreiben ist. Das muß für uns ein Grund mehr sein, den Kampf gegen die braune Wordpekt unangeseht zu steigern. Höchste Aktivität auf diesem Gebiet wird auch bei uns den Erfolg herbeiführen, der notwendig ist, um diese Gefahr für die Arbeiterklasse zu bannen.

Rüstungstomploft gegen die Sowjetunion

London—Paris—Rom

Paris, 28. Februar. Aus Rom wird gemeldet, daß die italienische Regierung dem englisch-französischen Flottenabkommen ihre Zustimmung gegeben habe. Der englische Außenminister Henderson und der Marineminister Alexander befinden sich auf der Rückreise nach Paris. Ueber das Ergebnis des Uebereinkommens verläutet noch nichts.

Die englische Wirtschaftszeitung „Economist“ schreibt über die Beweggründe der englischen Regierung zu diesen Verhandlungen in Paris und Rom: „Auf der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz haben sich Italien, Rußland und Deutschland häufig geschlossen im Gegensatz zu der französischen Gruppe befunden. Dieser gefährlichen Entwicklung (!) mußte durch eine Entspannung zwischen Italien und Frankreich Einhalt getan werden.“ Diese Auslassung des „Economist“ trifft den Nagel auf den Kopf.

England und Frankreich fürchten ein Glas der kommenden „Abrüstungskonferenz“. Mit Schrecken sehen sie den weitgehenden Abrüstungsanträgen entgegen, die die Sowjetunion entsprechend ihrer konsequenten Friedenspolitik stellen wird, und die geeignet sind, die Kriegstreiber wieder einmal bloßzustellen. Sie wollen verhindern, daß wieder, wie bei den Genfer Verhandlungen, die zu Frankreich in Opposition stehenden Vertreter Deutschlands und Italiens in verschiedenen Fragen mit der Sowjetunion stimmen. Sie wollen endlich eine „harte Front“ aller europäischen Kapitalistenstaaten gegen die bolschewistische Sowjetunion herbeiführen.

Die SPD.-Arbeiter rebellieren

Der bürgerliche „General-Anzeiger“ in Dortmund ist in der Lage, eine ganze Reihe von Briefen sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre zu veröffentlichen, aus denen die ungeheure Rebellion im Lager der SPD. hervorgeht. Da schreibt z. B. der Arbeiter K. Sch. in Wengern an die Adresse der Reichstagsfraktion der SPD.:

„Das ganze Volk verurteilt euer Verhalten in der Remarque-Film-Angelegenheit und Panzerkreuzer B. Wenn auch wirklich an dem Urteil der Filmoberprüfungsstelle nichts zu ändern war, so hättet Ihr Euren Wählern gegenüber die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, geschloffen gegen dieses Urteil zu protestieren. Dann hättet Ihr jetzt statt einer Abnahme eine Zunahme an Wählern zu verzeichnen gehabt.“

„Die Schamröte mühte diesen Herren (SPD.-Reichstagsfraktion) doch ins Gesicht steigen, wenn sie darüber nachdachten, wie die Vertreter der Vorkriegs-Sozialdemokratie zur Wehrfrage standen, und was selbst ein Roske zur Wehrfrage noch vor etwa zwanzig Jahren im Reichstag zu sagen wußte.“

Ein Arbeiter M. J. schreibt:

„Die neueste Blamage (Remarque-Film) und Kurzschichtigkeit der Sozialdemokratie stellt alles in den Schatten, was sie sich in den letzten Jahren geleistet hat. Man fragt sich: Wo bleiben die Grundzüge und Wahlkampfparolen, wo bleibt der Wille, alle Kraft und allen Einfluß einzusetzen zum Wohle der Schwachen und Entrechteten? Was die SPD. jetzt treibt, ist politischer Selbstmord. Was geht uns Arbeiter das Wohlwollen des Herrn Brüning und seiner Clique an?“

Der Arbeiter Karl Str. in Hoerde stellt fest:

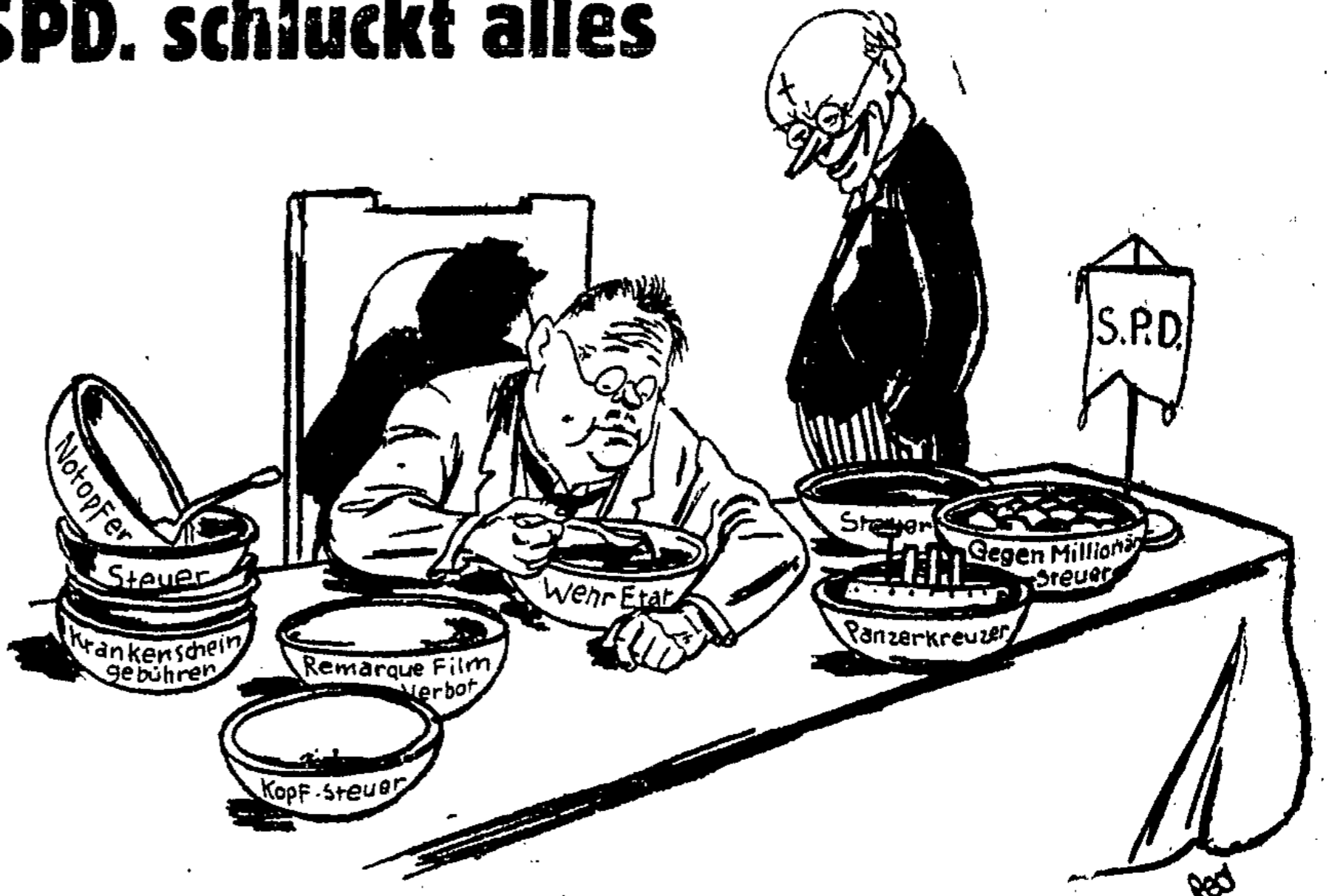
„Ihr Herren an der Spitze der SPD. in Berlin: Bisher ward Ihr unsere Hoffnung, wir vertrauten uneingeschränkt auf Euch, doch bin ich mit einem Schlage all unser Hoffen, Bewilligt nur noch den Panzerkreuzer B. dann ist es schade für jede Stimme, die für die SPD. abgegeben wird. Was würde wohl der alte Fehel sagen, wenn er heute aufstände und derartige Sachen erlebte!“

Wilhelm S. in Schwelm fragt:

„Ich möchte nur wissen, womit man den weiten Mann werben soll? Haben die führenden Männer ganz und gar vergessen, daß das Vertrauen der Anhänger im Volke das wichtigste ist, was zur Durchführung politischer Ziele gehört? Unter diesen Umständen muß man mit Schrecken einer kommenden Wahl entgegen sehen.“

Diese Briefe sind eine Mahnung an jeden Kommunisten und Sympathisierenden, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht indifferent werden. Nicht nur der zweite Mann der SPD., sondern alle ehrlichen SPD.-Arbeiter müssen für die KPD. gewonnen werden.

SPD. schluckt alles



Das sozialdemokratische Zwickauer „Volksblatt“ schreibt:

„Nach der Darstellung Dittmanns („Vorwärts“ vom 26. Februar) muß man allerdings schlußfolgern, daß die sozialdemokratische Fraktion um der Erhaltung der Regierung Brüning willen für eine Mehrheit für diesen Wehretat und Panzerkreuzer sorgen wird, — wenn Gröner nicht darauf verzichten will. Es kommt danach nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf Gröner an.“

Heraus zum Internationalen Frauentag am 8. März

Kämpfe gegen Hunger, Faschismus, Kriegsgefahr — für Arbeit, Brot und Freiheit!

Werttätige Frauen in Stadt und Land!

Wir rufen euch, ihr Geknechteten und Entrechteten, ihr Hungernden und Notleidenden, wir rufen euch, die Werttätigen und die Erwerbslosen, Männer, Frauen und Mädchen,

heraus zur gemeinsamen Massenkundgebung am 8. März für die volle Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen!

Die Reaktion marschiert! Die Brüningregierung legt Stein auf Stein zum Bau des Faschismus als letzte Stütze des wankenden Kapitalismus. Die Frauen des Volkes trifft am härtesten die verschärfte Ausbeutung und Entrechtung.

Lohnabbau, Streichung der Ausgaben für soziale Fürsorge, Massenarbeitslosigkeit lasten doppelt schwer auf den mühen Schültern ausgebeuteter, politisch unaufgelärter Frauenmassen.

Der Papst eilt der Ausbeutergesellschaft zu Hilfe und fordert von der Frau in seinem „Girtenbrief“ Unterwürfigkeit, Demut, Sittengehoram; er fordert, daß sie zahllos Kinder gebäre, gleich ob sie hungert, kein Obdach hat, erwerbslos oder krank ist.

Die Junzi schwingt im Interesse der herrschenden Klasse heftiger die Geißel des Abtreibungsparagraphen 218. Der Arzt Dr. Friedrich Wolf in Gafst, hundert von Frauen von Gefängnisstrafen bedroht, das sind Alarmsignale der den werttätigen Frauen drohenden Gefahren weiterer Verklavung!

Die Nationalsozialisten stehen im Dienst der Ausbeuter

gegen die schaffenden Frauen, wollen sie zur Dienerin und Wirtin und zur Gebärmachine herabwürdigen.

Auch die Sozialdemokraten verraten und verkaufen die getretenen Frauen an ihre Peiniger, würgen ihre Streiks ab, fordern, ihre Not verachtend, die Entlassung verheirateter Frauen aus den Betrieben und stimmen im Parlament für Zollwucher, Massensteuern und Kriegsrüstungen.

In allen kapitalistischen Ländern der Erde wachsen Ausbeutung und Not, wächst aber auch der Kampfwille der Unterdrückten.

Am Internationalen Frauentag demonstrieren in allen Ländern die Werttätigen für die Forderungen der Frauen, wird das Massenbewußte Proletariat für ihre Entrechtung in die revolutionäre Kampffront.

Nur in der Sowjetunion, im proletarischen Vaterlande der Werttätigen, demonstriert am 8. März die Frau als völlig gleichberechtigt und frei, errichtet der Sowjetstaat zur Ermöglichung der vollen Beteiligung der Frauen am Aufbau des Sozialismus neue Schulen und Ausbildungsstätten, Kinderkrippen, Heime und Klubs für die werttätigen Frauenmassen.

Zum Weltkampftag für die Befreiung der Frau, zum 8. März, rufen wir die Arbeiterschaft auf, gemeinsam mit den werttätigen Frauen in einer Front zu kämpfen unter den Bedingungen:

Kampf dem Faschismus und der drohenden Kriegsgefahr!

Massenaktionen für Arbeit, Brot und Freiheit!

Sammlung der Frauen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in der Frauendelegiertenbewegung, im Kampfbund gegen den Faschismus!

Gewinnung der besten Kämpferinnen für die Kommunistische Partei!

Erst mit dem Sturm der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit dem Siege des Proletariats über seinen Todfeind Kapital wird auch die Frau von ihren Fesseln frei. Kämpft alle mit für dieses Ziel. Erklämpft ein Sowjetdeutschland!

Es lebe der gemeinsame Kampf des Proletariats!

Es lebe seine Führerin, die Kommunistische Internationale!

Es lebe die befreite Frau der Sowjetunion!

Es lebe die Weltrevolution!

Kommunistische Partei Deutschlands.
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.
Reichskomitee werttätiger Frauen.

KPD. fordert Sperrung der Polizeistellen

Sofortige Einstellung der Ueberweisungen an Thüringen und Braunschweig verlangt
Die SPD.-Arbeiter haben die Politik ihrer Führer satt

Berlin, 2. März (Exp. Bericht)

Die Reichstagsfraktion hat zur Beratung des Innenministeriums einen Antrag gestellt, der darauf hinausgeht, die Polizeistellenzuschüsse an sämtliche Länder, die 185 Millionen Mark betragen, zu kürzen. Sie sollen zur Deckung zahlreicher Forderungen für die Werttätigen verwendet werden. Die größte Aufregung rief aber ein kommunistischer Antrag hervor, der forderte, die Polizeistellenzuschüsse für die Naziregierung in Thüringen und Braunschweig sofort ganz einzustellen. Durch diese Anträge werden wieder die sozialdemokratischen Phrasen gegen Wirt, der feinerzeit vor Feind Kapitalverte, als Demagogie und Betrug entlarvt.

Insel Seeland liegt der Schnee stellenweise drei bis vier den Wohnungen einen Meter hoch.

Auf vielen Straßen mußte der Zugverkehr eingestellt werden. Vollständig unterbrochen ist der Kraftwagenverkehr. In den Küstengebieten hat ein fürchterlicher Sturm Hochwasser gebracht. In der Hafenstadt Kambers steht das Wasser in den Wohnungen ein Meter hoch.

Aus England kommen ebenfalls Meldungen von heftigen Schneestürmen. In Irland liegt der Schnee ebenfalls teilweise einige Meter hoch. Infolge des Sturmes kenterten an der Küste mehrere Fischdampfer. Ein holländischer Fischdampfer ist gesunken. Die Besatzung in Stärke von zwölf Mann wird vermisst, man befürchtet für ihr Schicksal das schlimmste.

Zugzusammenstoß in Südafrika

Durch einen Zusammenstoß des Johannesburg-Kapstadt-Expresszuges mit einem anderen Zuge wurde ein Reisender getötet und sechs schwer verletzt. Die Trümmer der zerstörten Waggons bedeckten die Eisenbahnlinie auf einer Strecke von mehreren hundert Metern.

Die Bilibidil-Banden, deren Terrorakte zehntausenden Werttätigen und Vertretern der deutschen und ukrainischen Widerkämpfer das Wahlrecht raubten, kamen in den Gerichtsverhandlungen mit lächerlich geringen Scheinstrafen davon.

Die finnischen Faschisten (Lappo) haben wieder einen linken Sozialdemokraten im Auto gewalttätig verhaftet.

Überall heftige Schneestürme

Große Verheerungen in Dänemark — In England und Irland 3—4 Meter hoher Schnee

Kopenhagen, 2. März. Ein schwerer Schneesturm wütet seit Sonnabend über ganz Dänemark. Auf der

Silferding führt die Interventionstafel

Die SPD. und das weisgardische Handels- und Industriekomitee der ehemaligen russischen Kapitalisten finanzieren gemeinsam die menschenwürdige Schädlingsarbeit — Abramowitsch als Agent der 2. Internationale illegal in Moskau

Der volle Text der Aufklageschrift gegen das Unionsbüro der Menschewiki ist nunmehr veröffentlicht. Die Angeklagten machten u. a. detaillierte Aussagen über die Geldquellen des Unionsbüros und über die Verteilung der erhaltenen Gelder. Die Gelder stammten vornehmlich aus zwei Quellen: vom weisgardischen Handels- und Industriekomitee, vermittelt durch die „Industriepartei“, und von der 2. Internationale, insbesondere von der SPD. Durch Vermittlung Silferding's wurden die Gelder der SPD. der sogenannten Ausländischen Delegation der Menschewiki ausgehändigt, die sie an das Unionsbüro weiterleitete. Die SPD. und die 2. Internationale unterstützten das Unionsbüro in jeder Weise. Abramowitsch und Dan vermittelten die Verbindung zwischen der 2. Internationale und der SPD. einerseits und dem Unionsbüro andererseits.

Der Angeklagte Scher, Sekretär des Unionsbüros und Mitglied der Finanzkommission, machte detaillierte Aussagen über die Geldquellen des Unionsbüros und über die Verteilung der erhaltenen Gelder. Geld kam aus zwei Quellen: Von der ausländischen Delegation der Menschewiki und von der Industriepartei. In drei Jahren erhielten sie insgesamt 480 000 Rubel (im Jahre 1928 120 000, im Jahre 1929 200 000, im Jahre 1930 160 000 Rubel). Von der Industriepartei kamen 200 000, aus dem Ausland stammten die übrigen 280 000.

Der Angeklagte Gromann, zweites Mitglied der Finanzkommission, bestätigte in seinen Aussagen, daß

die Finanzierung des Unionsbüros der Menschewiki durch die ausländische Delegation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von der 2. Internationale und vom Pariser Handels- und Industriekomitee unterstützt wurde.

Der Angeklagte Finn-Jenotajewski erklärte, er habe Gromann empfohlen Briefe und Geld aus dem Ausland mittels des Direktors Friedland der gemischten Export-Import-Gesellschaft zu empfangen. Letzterer sei ein altes Mitglied der menschenwürdigen Partei und habe bis zuletzt Verbindungen zu dieser aufrechterhalten. Gromann teilte mit, daß

das erhaltene Geld von Dan und Abramowitsch stamme, bzw. von der SPD., vermittelt durch Silferding.

„Die Hauptmittel stammen von der SPD.“

Der Angeklagte Salkind bestätigte die Aussagen einer Reihe von Angeklagten über die Finanzquellen und deutete darauf hin, daß im Sommer 1928 eine Zusammenkunft mit Abramowitsch in Moskau stattfand, der erklärte, daß die Auslandsdelegation der Menschewiki von den großen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien und der II. Internationale unterstützt werde.

die Hauptmittel jedoch von der SPD. stammen, die sich bereit erklärt habe, die Menschewiki, insbesondere die Schädlingsarbeit der Menschewiki durch die ausländische Delegation der

Das Unionsbüro durchläuft verschiedene Etappen. Anfangs betrachtete es die Schädlingsarbeit als selbständiges Kampfmittel gegen die Sowjetregierung; später wurde die Schädlingsarbeit ausgeführt, um die Intervention zu fördern, als unumgängliche Voraussetzung des Erfolges der Intervention.

Sie desorganisierten die Lebensmittelversorgung

Das Plenum des Unionsbüros im Jahre 1930 verband, nach Berichten Scharows, die desorganisatorische Arbeit mit den Interventionsvorbereitungen. Die Organisatoren der Schädlingsarbeit widmeten besondere Aufmerksamkeit dem Zentrososus und dem Handelskommissariat. Der Angeklagte Petunin, Verwaltungsmittelglied des Zentrososus, benutzte seine Stellung zur Organisation einer Schädlingszelle in allen wichtigen Abteilungen des Zentrososus, die sich mit der Verteilung von Lebensmitteln und wichtiger Bedarfsartikel beschäftigten. Die Schädlingsarbeit im Versorgungsweisen bezweckte die verringerte Aufbringung und die Preiserhöhung der Lebensmittel, falls die Verteilung der notwendigen Bedarfsartikel.

Der Angeklagte Sokolowski, Angestellter beim Außenhandelskommissariat, sagte aus, daß die Bestrebungen der Schädlings die Verminderung der zentralisierten Staatsvorräte an Getreide und Rohstoffen, auf Zurückhalten eines Teiles der landwirtschaftlichen Produktion im privatwirtschaftlichen Sektor gerichtet waren. Diese Linie sollte ein verschärftes

Defizit an Industriewaren herbeiführen, Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Städte und der Rohstoffversorgung der Industrie erzielen.

Das ist Dumping!

Schleuderkonkurrenz des Dollarkapitals

New York, 28. Februar. Das Bundes-Formamt hat beschlossen, innerhalb ganz kurzer Zeit, ein Verbot seiner gewaltigen Getreidevorräte, des Find etwa 25 Millionen Bushel an das Ausland zu verkaufen.

„In den Weltmärkten“ seien für den Verkauf eine Anzahl und einen Preissturz von 2 1/2 Dollar pro Bushel aus.

Diese Schleuderkonkurrenz des Dollarkapitals geht natürlich bei möglichst künstlicher Hochhaltung der Preise im Inland vor sich. Diese Maßnahme ist Dumping, Schmuggelkonkurrenz in vollster Bedeutung des Wortes. Dieses Dumping wird auf Kosten der kleinen Farmer vom Dollarkapital betrieben, von denselben Kapitalisten, die bei der minimalen Ausfuhr der sozialistischen Sowjetunion von „Dumping“ schreiben.

In Polnisch-Oberschlesien ist eine Massenbewegung gegen geplanten Lohnabbau und neue Massenentlassungen im Gange. In einigen Bergwerken wird bereits gestreikt.

Gromann glaubte in dieser Weise eine „Grundlage der Unzuliebe der Bevölkerung“ zu schaffen und die politische Agitation im Kampf gegen die bolschewistische Diktatur zu erleichtern.

Abramowitsch in Moskau

Die Verbindung des Unionsbüros mit den Menschewiki in Auslande wurde aufrechterhalten mittels Zusammenkünften einzelner Büromitglieder mit Führern der Auslandsdelegation, während Auslandsreisen mittels eines systematischen Briefwechsels und schließlich durch die illegale Reise zweier Mitglieder des menschenwürdigen ZK., Abramowitsch und Braunstein, nach der Sowjetunion. Abramowitsch nahm an der Sitzung des Unionsbüros teil.

Bis 1929 hielten Gromann und Ginsberg die Auslandsverbindungen aufrecht. Anlässlich ihrer Reisen nach Deutschland trafen sie mit Dan, Abramowitsch und anderen führenden Mitgliedern des menschenwürdigen ZK. zusammen. Gromann und Scher sagten ausführlich über die illegale Reise Abramowitsch nach Moskau aus, die im Sommer 1928 stattfand. Abramowitsch kam auf Beschluß der Auslandsdelegation nach der Sowjetunion, um endgültig die Organisation innerhalb der Sowjetunion zu bilden und die Taktik zu ändern.

Die 2. Internationale nimmt Kurs auf Intervention

In seinen Besprechungen mit den Büromitgliedern betonte Abramowitsch die „Verschärfung des Kampfes zwischen der II. und III. Internationale im Weltmaßstab und den neuen Kurs des sozialistischen Angriffs der RPSU., der eine Änderung der Taktik erfordert. Die Gromann in seinen Aussagen berichtet, hob Abramowitsch besonders den Kampf gegen die neue Linie der RPSU. hervor, der von Standpunkt aller sozialdemokratischen Parteien wichtig sei und daß deshalb sich die Lage der Auslandsdelegation des ZK. der Menschewiki bessere, das Interesse der II. Internationale für die russische Sozialdemokratie wachse. Diese habe stärkere Finanzierung und aktivere Hilfe versprochen.

In Deutschland reife der Entscheidungskampf zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei heran und die erstere sei bereit, die russische Sozialdemokratie zu stützen im Kampf gegen die RPSU., deren Erfolge die SPD. stärken. So ist erklärlich der Wunsch der SPD., die Menschewiki zu unterstützen.“

Laut Aussagen Schers gab das ZK.-Mitglied Braunstein während seiner Anwesenheit in der Sowjetunion im Jahre 1929 Direktiven über die Verbindung der Tätigkeit der Menschewiki in der Sowjetunion mit der sogenannten Bauernpartei Tschajanows und Kondratjews. Er sprach über die Notwendigkeit der Interventionsvorbereitung, da „der rote Imperialismus gefährlicher für den internationalen Sozialismus ist als die Verbindungen in Verbindung mit der Intervention Frankreichs und Eng.“

So leitete und unterstützte mit Direktiven und Geld die menschenwürdige Auslandsdelegation das Unionsbüro bis zur letzten Zeit. Die engste unmittelbare Verbindung der beiden Organisationen ist auch aus Urkunden ersichtlich, die sich im Besitz des Gerichts befinden.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tckunaga

50. Fortsetzung.

„Das ist die sogenannte höhere Politik“, grinste Oda und lehnte sich in einen Sessel.

„Aha, ausgezeichnet“, mit lächelndem Gesicht, das die Arbeiter noch mißtrauischer machte, kam der Chef der politischen Polizei mit dem Vorsteher der Arbeiterabteilung herein. „Bitte, nehmen Sie Platz. Aber es ist recht kalt, wollen wir uns nicht an den Ofen setzen?“ Der Chef lächelte Takagi und Nakai, die noch immer standen, wohlwollend zu. Sie rückten vom Ofen ab, Oda sah in der Mitte, der Chef mit seinem schönen, würdigen Bart und der Vorsteher der Arbeiterabteilung, ein kleiner Mann mit schlauen Augen und spitzer Nase, vor ihnen. Die Arbeiter überlegten, mit was für Argumenten wohl die beiden auf die Beschlüsse, die sie im Gewerkschaftsbüro gemeinsam mit Matamata und Hagimura festgelegt hatten, antworten würden.

„Haben Sie die Absicht, sich auf irgendeine Weise mit der Gesellschaft zu versöhnen?“ begann der Vorsteher. Die unverbundene Besprechung begann genau so, wie sie sich das vorgestellt hatten.

„Natürlich“, aber natürlich, wenn die Gesellschaft den ehrlichen Willen zeigt“, antwortete Oda offenherzig.

„Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich ihnen erklären, daß diese Besprechung ganz außerhalb meiner offiziellen Funktion steht, ich bin hier als einfacher Privatmann.“

Obwohl der Ofen im Zimmer rot glühte, war eine kühle Atmosphäre zwischen diesen Leuten.

„Aber Herr Oda, Sie sind wirklich ein bedeutender Mann geworden — haha —“ Der Chef, der bis dahin geschwiegen hatte, begleitete diese Worte mit einem nicht ganz angebrachten Lachen. Er wünschte die Atmosphäre zwischen ihnen etwas lebenswürdiger zu machen.

„Wieso, Sie haben ja auch eine ganz hervorragende Karriere gemacht.“ Oda lachte ungenügend mit seinem großen Mund — was für ein komisches Zusammentreffen, gerade an diese Menschen hatte Oda recht böse Erinnerungen; damals war er noch Polizeileutnant in Ojaka. Sie hatten dann oftmals von den verschiedenen Seiten der Front voneinander gehört, aber so Auge in Auge hatten sie sich in diesen acht Jahren nicht mehr gesehen.

„Damals haben sie mich ja ziemlich gequält.“ — Der Chef versuchte verächtlich zu lachen: „Na, ich habe auch gedacht: diese Hunde.“

Auch bei dieser Unterhaltung gab Oda einen Beweis seiner Weitherzigkeit, der er seine ungeheure Popularität bei den Arbeitern im Kreise Ojaka und die ungeschmälerte Geltung seines Führertums verdankte.

„Aber auch diesmal haben sie uns ganz schön zugehört, Herr Oda.“ Ein stehender Blick schob auf das ruhig lächelnde Gesicht Odas. Aber dessen noch von den Kämpfen der letzten Zeit leuchtende Züge zeigten nicht die Spur irgend einer Wirkung. In dieser Zeit, in der der Chef Karriere gemacht hatte, war auch Oda ein „bedeutender Mensch“ geworden.

„Ach, machen Sie doch keine Witze, wir sind gezwungen, uns zu wehren, nachdem man uns zu diesem Kampf herausgefordert hat.“

Das war die Wahrheit. Der Pfeil, den der Polizeichef abgeschossen hatte, traf auf einen Stein und prallte wirkungslos ab.

„So... aber die Geschichte in der Dji-Papierfabrik vor einigen Tagen... ist die nicht auf euren Befehl geschähen?“

Sist... der Pfeil sollte Oda an seiner empfindlichsten Stelle treffen. Die kleinen Augen des Vorstehers der Arbeiterabteilung bemühten sich, hinter den groben Linien von Odas Backennohen, die so charakteristisch für die Männer aus West-Japan sind, etwas zu entdecken.

„Hahaha, das ist ja ganz schlimm, Sie wollen also alle Schuld auf uns schieben?“ Oda lachte vergnügt, aber jetzt blieb der Polizeichef kalt und grinste kühl mit hochgezogenen Lippen.

Wieder fühlten sie die eisse Luft im Zimmer. „Kun, kurz und gut —“ der Gastgeber änderte ohne Ueberrgang das Thema — „wenn sie die Absicht haben, sich zu einigen, was würden sie dazu sagen, wenn wir uns bereit erklären würden, zu vermitteln...?“

Die Arbeiter sahen sich an; das war endlich das Hauptthema.

„Außer uns kommt noch ein Herr hinzu, der Sekretär des Innenministeriums, Herr Matsumoto, natürlich gleichfalls als Privatperson.“

Und der Vorsteher fügte hinzu: „Sie müssen uns glauben, daß von uns aus alles nur aus übergroßem Mißgefühl für Sie geschieht.“

Das klang wie eine Drohung. Die drei überlegten, ihre Köpfe blieben kalt. Aber die Absicht war zu offensichtlich, es war zu deutlich, wie diese Leute an den Fäden tanzen und nur den Willen Odas und Schibusakas, die hinter den Kulissen der Regierung und der Oppositionsparteien standen, ausführten. Obwohl sie sich alle Mühe gaben, als Privatpersonen aufzutreten.

„Hat die Gesellschaft schon ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag erklärt?“ fragte diesmal Takagi.

„Oh, ja, offiziell noch nicht, aber ich weiß schon, wie sie sich entscheiden wird.“ Der Chef der politischen Polizei blickte sich um und zeigte seinen biden Bauch, aber die drei Arbeiter sahen mit unbewegten Gesichtern.

„Ich denke, das ist auch für euch sehr wünschenswert, daß dieser Streik möglichst bald beigelegt wird, auch vom Standpunkt der Ruhe und Ordnung im Staate wünschen wir es... eure Gegner...“ Der Chef zögerte, eure Gegner sind mächtige Kapitalisten, wollte er sagen.

Dren dreien ging es durch den Kopf, daß man hinter den Worten dieses Gesprächs die ganze herrliche Gesellschaftsordnung sehen konnte.

Nach einer Weile sagte Oda:

„Wenn wir Ihnen in dieser Beziehung vertrauen sollen, dann müssen, glaube ich, folgende Bedingungen erfüllt werden: Einstellung aller Entlassenen, Bezahlung der Streiklohn —“ Während er das sagte, erfüllte ihn unendliche Trauer, weil dieser große Streik, der so viele Opfer gekostet hatte, mit einer solchen bedingungslosen Unterwerfung enden sollte.

„Ach, setzen Sie sich keinen Flosch ins Ohr, verlangen Sie nur nicht zu viel... den Leuten, die schon entlassen sind, denen ist nicht mehr zu helfen.“

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Die schwarze „Kultur“ der kapitalistischen Sklaverei

„Ein Schafstall und ein Hirte“

Der Papst als „Generaloberhirt“ in allen Lohn-, Arbeits- und Zeitfragen

In engster Tuschführung mit den braunen Nordhorden Hitlers und unter tatkräftiger Unterstützung ihrer sozialdemokratischen Pörlchen, versucht der Katholizismus in unseren Tagen einen Sturmangriff nach dem anderen gegen die Vollwerke der menschlichen Vernunft, um doch endlich triumphierend die schwarzen blutbespritzten Fahnen der mittelalterlichen Barbarei und Geistesnachtstochheit hissen zu können.

Um für diese Behauptung unumstößliche Belege zu bringen, sei heute nur ausgiebig die Ansprache des Papstes veröffentlicht, die dieser „Stellvertreter Gottes auf Erden“ anlässlich der Inbetriebnahme seiner neuen Radiostation verbreitet hat. Ist sie doch geradezu ein klassisches Dokument der allerschwarzesten Reaktion, die mit einer geradezu selten eindeutigen Klarheit

zeigt, daß die katholische Kirche nichts anderes ist, als ein Instrument der herrschenden Klasse. Im Zeitalter der kapitalistischen Krise, der furchtbaren Arbeitslosigkeit, die über 30 Millionen Menschen auf der ganzen Erde heimlich wagt es dieser sogenannte Vertreter des sogenannten Christus, folgendes den Armen zu sagen:

„Die Armen aber ermahnen wir dringend im Herrn, sie mögen auf die Armut unseres Herrn und Heilands Jesus Christus hinblicken und in der Erinnerung seiner Beispiele und seiner Verheißungen die Gewinnung der geistlichen Reichtümer, die ihnen viel leichter ist, nicht vernachlässigen. Und wenn sie auch in erlaubter Weise sich um die Verbesserung ihrer Lebenslage bemühen, sollen sie sich aufrichtigen Herzens Gott empfehlen und nicht nach Ungerechtigkeit ihre Hand ausstrecken.“

Wir schlagen vor, diese Worte in großer Schrift in allen Stempelstellen und Obdachlosenajulen anzukleben.

Nun bleibt es immer das große Rätsel der katholischen Kirche, daß es trotz der „Armut unseres Herrn und Heilands“ Reiche gibt, und daß diese keineswegs ob ihrer Reichtümer nach irdischen Gütern, die der Kost gekriecht, deswegen schlechte Christen sind. Auch an sie wendet sich der Papst und empfiehlt ihnen:

„Die Reichen sollen sich als die Verwalter der göttlichen Verheißung und Bewahrer und Verteiler ihrer Güter betrachten denen Christus selber die Armen anempfohlen hat.“

Man sein ist glücklich, reich sein ist auch glücklich. Bist du arm, hat's der „Heiland“ gern. Bist du reich, hat er auch nicht dagegen. Alles kann man in der katholischen Kirche haben. Ist die größte Arbeitsgemeinschaft, die es zumindest theoretisch gibt.

Der Papst betätigt sich aber auch als Generaloberhirt in allen Lohn- und Arbeitszeitfragen. Hören wir, was er hierzu zu sagen hat:

„Die Arbeiter und Arbeitgeber ermahnen wir eindringlich sie mögen nicht im selbstlichen Machtkampf einander gegenüberstehen, sondern in freundschaftlicher und brüderlicher Verbundenheit auf der einen Seite Mittel (also Kapital, D. Red.) und Leistung, auf der anderen Arbeit und Fleiß zusammenfinden, nur was recht ist, verlangen, aber auch was recht ist, leisten (!), und so in Ruhe und Ordnung sowohl das eigene Wohl, als auch das Gesamtwohl fördern.“

Etwas ist es also heraus, nach welchen Prinzipien sich unser katholischer Kanzler Brüning richtet. Deswegen werden die Mittel der Arbeitslosenversicherung gestrichen, deswegen die Löhne abgebaut, weil das eben „recht ist zu verlangen“ und es nach den Worten des Herrn Papstes auch recht ist, wenn die ausgebeugelten Proleten noch „mehr leisten“ müssen als bisher. Von den Arbeitslosen speziell ist leider nicht die Rede. Wir wären gespannt, was ihnen empfohlen wird.

Schließlich erfahren wir noch, daß dieses fluchwürdige kapitalistische System eine göttliche Weltordnung ist, daß man sich der Obrigkeit fügen muß, weil man sonst gegen Gott aufsteht. Auch für uns Ungläubige bemüht sich der Papst außerordentlich Wörtlich teilt er uns mit:

„Für euch bringen wir täglich Bitten und Opfer Gott, dem Herrn aller, dar, indem wir ihn anrufen, daß er euch mit seinem Lichte erleuchte und zu den Schafen führe, die seine Stimme hören, und mit ihnen vereinige, auf daß ein Schafstall und ein Hirte sei.“

Wir danken dafür, die Schafe der katholischen Kirche und der kapitalistischen Systems zu werden. Wir versichern aber dem Herrn Papst in Rom, daß wir noch entschlossener als bisher den Kampf gegen sein Vollwerk der Reaktion und des finsternen Mittelalters führen werden, damit der Tag nicht ferne ist, wo in Sowjetdeutschland Fortschritt und Wissenschaft mit dem Sieg der Arbeiterklasse zur Macht kommen und die Wölfe im Schafspelz ihre verderbliche Rolle endlich ausgespielt haben.

Reichswehrmanöver in den Bayrischen Alpen



Trotz stetig steigender Massennot der Werktätigen und trotz aller Sparsamkeitsstrahlen der Brüning-Regierung darf die Reichswehr, wie in jedem Jahre, so auch diesmal wieder ohne Einschränkungen ihre kostspieligen Gebirgsmanöver in den Bayrischen Alpen veranstalten. Für dieses Ordnungsinstrument gibt es eben, solange eine rebellierende Hungerarmee existiert, keine Sparsamkeitsvorschriften. Hier wird geradezu gewütet mit den Steuergeldern der ausgepowerten Bevölkerung. Unsere Aufnahmen geben einen Querschnitt durch einen solchen, Steuergelder fressenden Manövertag.

Durch eine schadhafte unterirdische Gasleitung

Sechs Familien durch Gas vergiftet

Sieben Personen schweben in Lebensgefahr!

Leipzig, 2. März. In der Nacht zum Sonntag sind in dem Zwaidauer Vorort Oberhöbendorf sämtliche Bewohner eines Hauses durch Gas schwer vergiftet worden. Im Hause wohnen sechs durchweg kinderreiche Familien, von denen die Familie Grünberger am schwersten getroffen wurde.

Bei allen Personen stellten die Ärzte schwere Gasvergiftungen fest. Die Nachforschungen ergaben, daß in dem Unglückshause selbst keine Gasleitung liegt. Doch führt ein dikes Gasrohr durch die Keller des Hauses. Die Untersuchung der Leitung ergab dann auch, daß aus der schadhafte gewordenen Gasleitung das Gas in die Keller und von dort durch das ganze Haus drang. Die Vergifteten befinden sich zur Zeit im Krankenhaus, darunter sieben Personen in Lebensgefahr.

Lawineneinbruch in den Alpen

Sechs Arbeiter verschüttet

Bozen, 2. März. Im Formazza-Tal in den italienischen Alpen ist am Sonntag wiederum eine gewaltige Lawine niedergelassen. Sechs Arbeiter, die bei einem Tunnelbau beschäftigt waren, wurden verschüttet. Bis zur Stunde ist es noch nicht gelungen, ihre Leichen zu bergen.

Eiferjuchtsblut in einer Bar

Mit einem Militärgewehr die Kassnerin niedergeschossen

Siegen, 2. März. In einem bekannten Siegener Nachtlokal erschoss in der Nacht zum Sonntag der Arbeiter Berthold Thoma mit einem Militärgewehr seine

ehemalige Freundin, die hier als Bardame beschäftigt war, nieder.

Berthold hatte von der Bardame unbemerkt das Lokal betreten und sich hinter einer Portiere versteckt. Von hier aus feuerte er mit einem Militärgewehr auf seine ehemalige Freundin, die 26jährige Erika Melcher aus Breslau. Das Mädchen brach sofort an der Halschlagader getroffen zusammen und starb bald darauf. Berthold tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Russische Arbeiter erwarten Antwort

„Wie Sowjet-Feuerwehrlente wollen wissen, wie Ihr lebt...“

Nischni-Nowgorod, im Februar 1931.

Werte Genossen! Wir Feuerwehrlente einiger Nischni-Nowgoroder Betriebe, die in Stärke von 31 Mann in den Werken „Gudol Ditsch“ und dem „Roten Zintarbeiter“ angestellt sind, wollen euch zur Einleitung eines regelmäßigen Briefwechsels jetzt mitteilen, wie unsere Lage heute ist und wie sie früher war.

Im zaristischen Rußland, in dem wir keine Menschen, sondern willenlose Objekte jedes Uniformträgers waren, erhielten wir 8 bis 10 Rubel monatlich. Für dieses Trümpchen schufteten wir den ganzen Monat hindurch, ohne auch nur einen freien Tag zu haben. Von kultureller Erziehungsarbeit war natürlich gar keine Rede, denn unseren damaligen Herren war es ja von keinem Nutzen. Während unserer Arbeit als Löchmannschaften wurden wir von unseren Vorgesetzten mit der gemeinsten Schimpfwörter bedacht und es war gar nicht selten, daß

Schweres Bootsunglück in Chile

Zwölf Personen bei einem patriotischen Rummel ertrunken

Neuhork, 2. März. Nach einer Meldung aus Buenos-Aires ereignete sich bei der Ankunft des Prinzen von Wales auf argentinischem Gebiet ein schweres Bootsunglück, wobei zwölf Mann ertranken.

Eine chilenische Militärkapelle hatte den englischen „Nobelfönig“ also den Prinzen von Wales, am Sonntag auf einer Fahrt auf dem nahe der Grenze gelegenen See Pianquihue begleitet. Auf der Rückfahrt stieß das Boot mit der Kapelle mit einem Dampfer zusammen und sank auf der Stelle. Zwölf Militärmusiker ertranken.

Der Nachtexpress-Mörder verhaftet

Der am Sonntag früh in Lüttich verhaftete Araber, der verdächtig war, den auch von uns am Sonnabend gemeldeten Raubmord im Nachtexpress Ostende — Köln verübt zu haben, hat jetzt bei seiner Vernehmung ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Bankraub in Boizenburg

Am Sonnabend wurde in Boizenburg in der Bankstelle der Sparkasse des Medlenburg-Schwerinschen Amtes Sagenow, ein Raubüberfall verübt. Zwei Maskierte drangen in den Kassenraum ein, fesselten den Bankvorsteher und seine Braut und hinderten sie durch Bedrohung mit einem Revolver daran, Hilfe zu rufen. Den Männern fielen etwa 200 Mark Bargeld in die Hände.

wir vor versammelten Zuschauern mit einem Tritt in den Hintern oder sonstwie mißhandelt wurden.

Das war einmal. Jetzt unter den Sowjets hat sich das alles von Grund auf geändert. Wir sind jetzt erst richtige Menschen geworden. Unsere Dienstzeit beträgt geregelt acht Stunden. Wir verdienen jetzt 75 Rubel monatlich und haben dabei, wie jeder andere Arbeiter, unsere freien Tage. Auch scheuen die Sowjets keine Mühe und keine Ausgaben, um unter uns gründliche kulturelle und politische Erziehungsarbeit durchzuführen. In unserm Klub haben wir alle notwendigen Zeitungen und Zeitschriften, man schießt uns auf Fachkurse, um unsere Berufskenntnisse zu vervollständigen, und unsere Vorgesetzten sind jetzt keine Vorgesetzten mehr, sondern Kameraden und Führer bei unserer gefährlichen Arbeit.

Soviet für heute von unserm Leben. Es sollte, wie oben schon erwähnt, nur eine Einleitung sein, um mit deutschen Feuerwehrlente eine enge briefliche Verbindung zu bekommen. Wir Feuerwehrlente von Nischni-Nowgorod wollen nämlich wissen, wie ihr Feuerwehrlente im kapitalistischen Staat lebt...

Mit genossenschaftlichem Gruß!
Die Löschmannschaften der Werke
„Gudol Ditsch“ und „Roten Zintarbeiter“
Nischni-Nowgorod (USSR.)

Polizeiattaken gegen Frauen und Kinder

Mit entschulten Revolvern und Maschinenpistolen gegen friedliche Demonstrierende — Standhafte Massenabwehr der Arbeiter — Die kapitalistische Presse meutert

In Ergänzung zu dem gestern veröffentlichten Bericht über die brutalen Polizeiprozessionen der gegen die braune Wodpef demagogischen wirteligen Bevölkerung Breslaus wird uns von Augenzeugen mitgeteilt:

Zur Begründung der Teilnehmer des Kampftongresses gegen den Faschismus, der am Sonntagmittag im „Sunapar“ begonnen hatte, sammelten sich um 14 Uhr die Arbeiter in den einzelnen Stadtteilen und marschierten nach Morgenau. Die Demonstrierenden bewegten sich in stark disziplinierten Kolonnen, von der wertvollen Bevölkerung freudig begrüßt. Da die Nazis es vorgezogen hatten, in ihren Wohnungen zu bleiben, ging der Aufmarsch reibungslos vonstatten, bis — die Polizei auf Autos und hoch zu Ross auf Anweisung der Offiziere es für notwendig hielt, statt die Demonstrierenden von den Seiten und von hinten zu begleiten — was auch völlig überflüssig ist, wenn man revolutionäre Arbeiter demonstrieren, dann brauchen sie keinen Schutz, ihre Fäuste sind ihnen Schutz genug —

den Demonstrationzug zu zerreißen und Polizeigewalt und Verbrechen mitten im Zuge zu rangieren.

Kurz vor dem „Sunapar“ wurde der Polizeimajor aufgefordert, die Beamten aus dem Demonstrationstrang herauszuziehen; doch er erstarrte provokatorisch: „Ich tue, was ich für richtig halte!“ Auf den energischen Protest der Demonstrierenden erhielten die Beamten die Anweisung, mit dem Gummiknüppel reinzuschlagen.

Selbstverständlich liegen sich die Arbeiter nicht wehrlos verprügeln, daß die verschiedenen jüngeren Beamten geradezu in Masera verkehrte. Unser Genosse Jänkert wurde niedergeschlagen und mußte weggetragen werden.

Auf dem Rückmarsch wiederholte sich die Polizeiprozession, und zwar wiederum in der Nähe des „Wappenhofs“. Diesmal waren es die Frauen und Kinder, gegen die die Gummiknüppelattaken unternommen wurden. Kinder schrien um Hilfe! Frauen halften die

Fäuste! Selbstverständlich konnten die demonstrierenden Arbeiter die Frauen und Kinder nicht einfach niederschlagen lassen. Ein Oberleutnant gab den Befehl:

„Schuhfertig zu machen!“

Mit entschulten Pistolen standen die Beamten den Arbeitern gegenüber! Hinter den Arbeitern hielten die Autos mit den schuhfertigen Maschinenpistolen. Schon erhob der Oberleutnant den Arm, um das Kommando zum Schießen zu geben. Er dachte, die Arbeiter würden flüchten. Doch zu groß war die Empörung über die Mißhandlung der Kinder und Frauen, über die Prozessionen der Faschisten-Schlingel!

Die Arbeiter flüchteten nicht!

Und da hat es der Oberleutnant doch vorgezogen, sein Leben nicht aufs Spiel zu setzen. Er zog sich zurück, steckte die Pistole ein; die Beamten folgten seinem Beispiel.

Trotz des Unterdrückungs, den die faschistischen Schupo-Kommandeure nun erhalten hatten, wollten sie doch noch eine Gelegenheit zur Anrichtung eines Blutbades schaffen, indem sie die Herausgabe von zwei Eisen forderten, die sich in dem Auto der „A. 3.“ befanden. Na, dieses Feuerholz haben sie gegen Dautling auch erhalten.

So scheiterten alle bewußt angelegten Provokationen der Polizei an dem geschlossenen Abwehrwillen der Demonstrierenden und ihrer Selbstdisziplin. Darüber wütend, rächte sie sich, indem sie am Lauentienplatz den

Genossen Hahn verhaftete.

Jergend ein Student wollte die marschierende Frauengruppe durchbrechen, um auf die andere Seite der Straße zu gelangen. Obwohl er gebeten wurde, einen Moment zu warten, bis die Verkehrsfläche gewonnen wäre, sprang er einfach in den Zug hinein, bahnte sich durch Schläge mit den Ellenbogen ins Gesicht und brühte der Frauen einen Weg und schrie den Genossen Hahn, der Ordnungsdienst verfehlt, zu: „Halt die Schanze!“ Selbstverständlich erhielt er die richtige Ant-

wort, worauf die Polizeibeamten ihn zu Hilfe rufen und Genossen Hahn festnahmen. Wir bitten die Zeugen dieses Vorfalles, ihre genauen Adressen bei uns anzugeben, da die Klassenjustiz gegen Genossen Hahn einen Prozeß einleiten will. Die Redaktion.)

Die kapitalistische Presse meutert. Da „Generale“, ab „Volkswacht“, ab „Schlesische“ — übereinstimmend schreiben die bürgerlichen Blätter von einem kommunistischen Kongreß und einer kommunistischen Demonstration. Sie wollen es nicht wahr haben, daß es ein Volkstongreß und eine Demonstration des werktätigen Volkes war — unter ideologischer Führung der kommunistischen Partei. Sollen die kapitalistische Presse und die „Schlesische Zeitung“ schwindeln, das können wir ihr vorerst nicht verbieten. So energischer werden wir an der Aufklärung der kämpfenden Einheitsfront des werktätigen Volkes arbeiten, bis es einmal keine kapitalistische Presse mehr geben wird.

Die „Schlesische Zeitung“ schwindelt von „Sägen, Messern und Latten“, mit denen die Polizei angeblich „angegriffen“ wurde.

Die „Neuesten Nachrichten“ schwindeln: „Polizeibeamte vom Kommunisten angegriffen!“

Die „Volkswacht“ schwindelt von den „Steinen, Fahrenstangen, Schalmern und Messerflüch“, die die Demonstrierenden angeblich gegen die Polizeibeamten „benutzt“ hatten, weiß aber keinen Ton über das provokatorische Verhalten der Polizei zu berichten.

Die „deutschnationale sozialistische“, der bürgerlich-nationale „Schlesische“, die sozialfaschistische „Volkswacht“ in Einheitsfront mit der Polizei gegen das unter ideologischer Führung der kommunistischen Partei zum Kampfe für Brot und Freiheit sich sammelnde werktätige Volk. So war es am Sonntag! Wer tätige, lerne daraus!

Rundfunkhebe gegen Sowjetunion!

Frau Dr. Dora Ettinger faselt ...

Am gestrigen Montag um 16.30 Uhr übertrag der Breslauer Sender einen Vortrag aus Gleichgewicht der „Russischen Einflüsse in der deutschen Literatur“ behandelte. Die Referentin, eine Frau Dr. Dora Ettinger, begann mit einer Schilderung über die historische Entwicklungsgeschichte der russischen Stämme und ging dann zur heutigen Zeit über. Sie behandelte Turgenjef, Tolstoj, Dostojewski — dies war alles! Kein Wort über die neue, die revolutionäre Epoche der russischen Literatur! Die Referentin, die sich des öfteren nur an die „gebildeten“ Hörerleihe wendete, zog geistreichende Parallelen zwischen den genannten Dichtern und — Gerhardt Hauptmann, Wassermann usw., ihre zusammengeschnittenen Beisetzungen wirkten und waren verdammt dünn und kläglich!

Das wollte dieses Vortrags aber war die sehr geschickt getarnte Hebe gegen die neue Kultur der Sowjetunion, gegen den „Kultur-Faschismus“, den sie zwar nicht beim Namen nannte, gegen den sie aber ihre lippelede Zunge stolpernd aufschaltete! Sie verbreitete sich über die antitelligische Einstellung Dostojewskis, Tolstois und ging dann auf die heutigen Zustände in Rußland ein, glossierte die Bolschewiki und schloß dann pathetisch, daß die Grundlage, die die christliche Weltordnung lege, die atheistiche an Wert übersteige!

Das heißt, offen überlegt, die christlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung werde über die bolschewistische Weltanschauung siegen!

Dieser Schlußsatz, der gleichzeitig das Glaubensbekenntnis der „gelehrten“ Schwächerin bedeutete, war offene Propaganda für die Religion, Kampfansage gegen die Sowjetunion!

Intendant Bischoff, der immer behauptet, „links“ eingestellt zu sein, hat hier — durch die Zulassung dieses Vortrages — diesen seinen Behauptungen ins Gesicht geschlagen. Der Rundfunk, der einerseits immer neutral sein zu müssen vorgibt, schent sich nicht, auf der anderen Seite propagandistisch für die Reaktion einzutreten!

Es wäre eine Forderung, einen Vortrag über die russische Literatur von heute anzusetzen, einen Vortrag, der den Arbeitshörern ein objektives Bild von der Literatur des Sowjetstaates gibt. Statt dessen eine getarnte Hebe gegen das Land der sozialistischen Befreiung! Wir protestieren gegen diese Dehnung der sogenannten Rundfunkneutralität, gegen diese Provokation der proletarischen Rundfunkhörer, die es sich verbitten, von einer asthmatischen, sprachunfähigen intellektuellen Lunte den einzigen Arbeiterhaat der Welt verunglimpft zu hören!

Peter Gall.

Einmal wieder den Stoff in Bewegung umgepi, wie raffiniert und lebensnah alles fotografiert ist und wie echt auch das Innenleben. Man will, das bei anderen Filmen stets so banal nach Mater aussieht. In der Hauptrolle Heinz Kuhmann, ein junges und doch liebenswürdiges Mädelchen, das man bald lieb gewinnt. Sehr noch erwähnenswert: Die Deutzer und Hermann Cappelmanns. — Im Vorprogramm ein reichlich Bilder Trickfilm und ein interessanter Kulturfilm, zeigend eine Bärentagd in den Karpaten.

Arbetersport Internationaler Arbeiter-Kampfabend in Grünberg

10:4 für Dänemark

Vor über tausend Zuschauern fanden am Freitag die internationalen Kämpfe statt zwischen Sportklub „Eichfried“ Grünberg und einer Auswahlmannschaft Dänemarks. Die Dänen sind durchwegs erfahrene Kämpfer, während Grünbergs Mannschaft zum Teil junge Kämpfer in den Ring bringt.

Der Abend wurde mit einigen Schülertämpfen eingeleitet, denen ein Kampf im gemischten Gewicht zwischen Alois (Neufuß, 100 Pfd.) und Hartwig (Grünberg, 110 Pfd.) folgte. Der Kampf zeigte gute Momente und endete unentschieden. Darauf begannen die internationalen Kämpfe. Im Fliegengewicht siegte Hermann Nielsen über Fischer in der 2. Runde durch Aufgabe des Grünbergers. Im Bantam-Gewicht gab es einen harten Kampf. Meinhart (Grünberg) zeigt in seinem ersten Kampf seine guten Anlagen. Er geht mit A. Nielsen über die Runden, was aber diesem den Punktsieg überlassen.

Strale und Verlust Nielsen im Federgewicht liefern sich einen hervorragenden Kampf, den Strale knapp nach Punkten gewinnt. Im Leichtgewicht trifft Strale auf Jensen, den besten der dänischen Mannschaft. Die erste Runde ist offen. In der zweiten Runde jängt Strale einen schweren Kinnballen ein und der Kampf ist aus. Sieger: Jensen. J. Sanger und Martin (Grünberg) im Weltergewicht sind beide hervorragende Techniker und zeigen einen selten schönen Kampf, den Martin nach Punkten gewinnt. Hart war der Kampf im Mittelgewicht zwischen Axel Meyer und Käbiger. Meyer gewinnt knapp nach Punkten. Im Halbschwergewicht ist Gerle dem Dänen Michaelson in der ersten Runde überlegen. In der zweiten Runde muß Gerle mehrere Male zu Boden und gibt den Kampf auf. Gesamtergebnis: 10:4 für Dänemark.

Dänemarks Arbeiterboxer — „Eiche“-Viegnitz 7:7

Ihren letzten Kampf im 1. Kreis des A.M. bestritten die Dänen im Viegnitz vor über 1000 Zuschauern gegen „Eiche“-Viegnitz, die ihnen einen ausgefallenen Kampf lieferten. Die einzelnen Treffer verließen wie folgt: Fliegengewicht: Herrn Nielsen siegt gegen Scholz III (L.) nach Punkten; Bantam: Alex. Nielsen unterliegt gegen Walter (L.); Federgewicht: Verlust Nielsen wird von E. Scholz (L.) ausgepunctet; Leichtgewicht: Jensen gewinnt gegen B. Scholz (L.); Weltergewicht: Joh. Beng verliert gegen Niedergesäß (L.); Mittelgewicht: Axel Meyer kämpft mit B. Kohleber (L.) unentschieden; Halbschwergewicht: Axel Michaelson siegt über A. Kohleber (L.).

Mannschaftskämpfe der Athleten

In Breslau siegte in der gutbesuchten Brunnenturnhalle in der Zwischrunde um die Kreismeisterschaft im Ringen die Freie Sportvereingung 1897 mit 15:13 Punkten über den Altmeister „Einigkeit“, Langenbielau. Im Rahmenkampf der Jugend war die Bezirksmannschaft mit 18:10 über die 1897er Jugend erfolgreich. — Im Viegnitz siegte im Protektkampff „Eiche“, Viegnitz, mit 17:11 Punkten über Arbeiter-Turn- und Kraftsportverein „Fengig“.

Sport vom Sonntag in Königszell

Freie Turner I — Hochwald I Hermsdorf 2:0 (1:0).

Die Turner-Elf konnte trotz fünf Mann Ersatz der Eiche-Elf einen Sieg abringen. Sollte man schon vorher mit einer Niederlage der Turner-Elf gerechnet, so war man doch enttäuscht über diesen Sieg — Freie Turner II — Hochwald II Hermsdorf 4:1.

Die Sowjetmacht befreit die Frau!

Zum internationalen Frauentag bringt die N.Z. in ihrer neuen Nummer einen ausführlichen Bildbericht über das Leben der Frau in der Sowjetunion. Als Gegenlag dazu bringt die Nummer den Skandal der Verhaftung des revolutionären Arztes und Dichters Friedrich Wolf, dem die N.Z. eine Seite widmet.

Eine Sensation veröffentlicht die N.Z. auf ihren Mittelseiten. Sie widmet diese dem Reichstongreß der Freidenker, der am 13. März stattfanden wird. Hier schildert der Bildreporter die fast ungläublichen Zustände in einem mecklenburgischen Dorfe. Dort müssen die Bauern dem Pfarrer nicht nur Steuern zahlen, sondern nach einem alten Gelehrbuch eine Ummenge Brot, Wurst, Gänse etc. liefern, ihm Holz laden, ja sogar das Kleint reinigen. Als aber der Pfarrer die Nachlieferung von 106 Pfund Meismurk verlangte, weil die erste in seinem Keller schlecht wurde, da wurde es den Bauern doch zu bunt und eine ganze Reihe, die einwachen, daß schimpfen doch nichts nützte, traten aus der Kirche aus. Diese Reportage ist ein wichtiger Beitrag zur Stellung der Kirche in Deutschland und gibt den Freidenkern wertvolles Agitationsmaterial.

Außerdem bringt die N.Z. die interessanten illustrierten Tagesbuch-Blätter eines sechzehnjährigen Arbeitermädchens aus dem Sowjetgebiet in China. Die Kinder-N.Z., aktuelle Bilder und zwei Seiten Sport ergänzen dieses interessante Heft der N.Z.

Meyerstraße 20. — Sollte dieser Kurfus auf nächste Woche verschoben werden müssen, beginnt am gleichen Abend eine „allgemeine Arbeitsgemeinschaft“ über das Programm der kommunistischen Internationale unter besonderer Berücksichtigung der in den bisherigen politischen Kurfen behandelten Themen. Mittwoch- und Donnerstag-Nacht beachten!

Achtung, Frauen vom Stadtteil West!

Am Donnerstag, 20 Uhr, bei Hühlig, öffentliche Frauenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Kampftongreß und der internationale Frauentag. Vertreter der N.Z. ist anwesend.

Für den Stadtteil Ost

findet die Frauenversammlung am Freitag, um 20 Uhr, bei Zondlid, Königsgrüner Straße, statt.

Werttätige Frauen, erscheint zahlreich!

Note Hilfe, West. Mittwoch, 19 Uhr, alle Funktionäre im „Anglerheim“.

Ufo-Theater. „Der Mann, der seinen Mörder sucht“ Der begabte Regisseur Robert Godmal, bekannt durch die Filme „Menschen am Sonntag“ und „Mischio“, die abseits der ausgetretenen Pfade herkömmlicher Filmrautime lagen, bringt hier einen Film mit einer originellen kriminalistischen Idee, der den einen Fehler hat, daß er viel zu lang ist. Ein Mann, der sich umbringen will, aber nicht den Mut dazu hat, dingt durch Vertrag einen Mörder, der ihn gegen eine Entschädigung innerhalb zwölf Stunden zum Tode befördern soll. Die Spannungen ergeben sich daraus, daß bei dem Selbstmordkandidaten inzwischen wieder der Wille zum Leben erwacht, und daß der vertragmäßig engagierte Mörder, weil er an der Ausübung der übernommenen Verpflichtung durch die Tüde der Objekte dauernd gehindert wird, den Vertrag an einen Dritten weiterveräußert. Wie gesagt, die Fabel ist spannend, aber nicht bißig genug für einen derartig langen Film. Erfreulich, wie fabelhaft

Marxistische Arbeiterschule

Dienstag, den 3. März, 20 Uhr Kurfus über „Proletarische Frauenbewegung“ mit Genosse Müller als Referenten im Lokal Hühlig, Enderstraße. — Erbenkurfus fällt aus!

Mittwoch, den 4. März, 13 Uhr Besprechung der von den Teilnehmern des Kurfus „Die politischen Grundlagen des Marxismus“ eingehenden Aufsätze unter Leitung von Genossen Diwald im Lokal Mosler, Meyerstraße 20. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Donnerstag, den 5. März, 20 Uhr voraussichtlich erster Kurfusabend über das Pamphlet „Hygiene, Sexualfragen und Arbeitererschaft“ unter Leitung eines bekannten Breslauer Facharztes. Tages Thema: „Frage der Geburtenregelung.“ Lokal Mosler.

Morgen, 4. März, 20 Uhr

im „Zentralballsaal“, Westendstraße 51, der Arbeiter-Photographen Breslau: „Der fünfjährige Plan vor der Kamera.“ Eintrittspreis für Vorkarbeiter 25 Pfennig, für Erwerbslose 15 Pfennig.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Carl Schreyer, Breslau. — Für den Anzeigenteil: Carl Sandberg, Breslau. — Druck: „Kultur“ No. 10, Breslau.

Sturmbereit zum Volkstempel gegen Faschismus

Wir haben gestern bereits eine kurze Würdigung des ersten Kampftages in Breslau vorgenommen, und wollen heute den Verlauf desselben unseren Lesern zur Kenntnis bringen. Das Genosse Walter Müller, Breslau, den Kongress leitete, gab dem Kongress bereits eine bestimmte Note. Er war es, der noch vor wenigen Monaten in der SPD. mit der Hoffnung gegen den Faschismus kämpfte, daß die SPD. ihre Politik ändern und sich ebenfalls aktiv an der Niederbringung des Faschismus beteiligen würde. Betrogen und hinterhältig gerade von jenen SPD.-Führern dem Hauptvorstand in Berlin zur Abwägung ausgeliefert, auf die Genosse Walter Müller besonders seine Hoffnung gebaut, steht er heute in den Reihen der SPD. Seiner Begrüßungsansprache kam daher besondere Bedeutung zu. Er konnte hier zu Arbeitern sprechen, mit denen er

noch vor kurzen Schulter an Schulter gekämpft, und so hinterließ seine Eröffnungsansprache, in der er kurz und prägnant die Aufgaben des Kongresses und seine Bedeutung umriß, einen nachhaltigen Eindruck. Nach dieser Ansprache wurde das Präsidium des Kongresses gewählt, in welches der Kongress neben Kommunisten eine ganze Reihe sozialdemokratischer, Reichsbanner- und parteilose Arbeiter entsandte, ebenso einige Kleinbauern, Gewerbetreibende und zwei Frauen. Den Vorsitz im Präsidium nahm Genosse Walter Müller ein. Nach dem aus dem Kongress heraus die Entsendung von SPD.- und Reichsbannerarbeitern ins Präsidium besonders begrüßt worden war, wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten, nachdem die Geschäftsordnung für die Tagung von dem Kongress gutgeheißen worden war.

stehen die Eroberung der Betriebe. Sie zu Bungen für den Vernichtungskampf gegen Faschismus zu gewinnen und auszubauen, auf dieses Ziel müssen alle Kräfte konzentriert werden.

Die bevorstehenden Betriebsratswahlen sind das Kampffeld, auf dem es von nun ab ununterbrochen gilt zu werken und zu arbeiten. Rote Betriebsräte allein sind imstande, die Basis zu schaffen, von der aus Streiks entfesselt und siegreich durchgeführt werden können. Mit Hilfe von roten Betriebsräten nur wird es auch möglich sein, Betriebswehren zu schaffen, die das Eindringen des Faschismus in die Betriebe verhindern, und ihn dort vernichten, wo er bereits eingedrungen ist.

Diese wirtschaftlichen Streiks weiterzutreiben, sie zu politischen Massenstreiks umzuwandeln, muß in dieser vorstehend aufgezeigten Aufgabe einbezogen sein. Da der wirtschaftliche Verfall immer weitere Kreise auch aus dem Mittelstand und den Kleinbauern dem Ruin entgegenreibt, muß es dann gelingen, die Bahn freizumachen für die Organisierung

der Volksrevolution als dem einzigen Ausweg aus Hunger und Elend zur Vernichtung des Faschismus.

Um diese Organisierung der Volksrevolution möglich zu machen, ist es notwendig, alle Ausgebeuteten in Stadt und Land zu einem festen Block zusammenzuschließen. Aber nicht nur zusammenzuschließen, um festzustellen, daß dies die übermächtige Mehrheit der Bevölkerung ist, sondern um dieser Mehrheit auch den revolutionären Willen zum Kampf einzuhämmern. Unter Führung der revolutionären Teile des Proletariats, unter Führung der kommunistischen Partei und der RPD. wird es dann auch gelingen, jene revolutionäre Einheitsfront zu schaffen, die den Sieg der Arbeiterklasse über alle Feinde verbürgt.

Nach dem Referat, welches mit allgemeinem stürmischen Beifall aufgenommen wurde, schlug der Genosse Bollweber vor, ins Ehrenpräsidium alle politischen Gefangenen sowie zum Zeichen der Verbundenheit mit der Sowjetunion den Genossen Stalin und den Führer der Roten Armee, Genossen Boroschilow, sowie den Genossen Thälmann zu wählen. Mit Begeisterung stimmte der Kongress diesem Vorschlag zu, und es nahm hierauf noch vor der Diskussion der Genosse Reimann, der Führer des Kampfbundes, das Wort, der ganz besonders die Gefahren des Faschismus auf dem Lande aufzeigte, wo die Nazis vielfach noch völlig ungehindert ihr verbrecherisches Treiben ausüben. Wenn auch der Kampfbund hier bereits mit Erfolg diesen Treiben Einhalt geboten hat, so genügt dies jedoch bei weitem nicht. Das Wachstum des Kampfbundes muß aber viel stürmischer werden, wenn dem Faschismus das weitere Vordringen auf dem Lande verwehrt werden soll.

Genosse Reimann bezeichnete es daher als dringende Aufgabe der Delegierten, dafür zu sorgen, daß in allen Orten Aktionsausschüsse sowie Staffeln des Kampfbundes geschaffen werden. In diese Aktionsausschüsse und Staffeln müssen die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden mit einbezogen werden.

Entfesselung des Volksturmes gegen Faschismus

Referat des Genossen Wiedmeier

Der Genosse Wiedmeier leitete sein Referat mit einem kritischen Ueberblick über die politische Weltlage ein, um dann unter Benutzung reichen statistischen Materials zu einer Analyse der Weltwirtschaftskrise überzugehen. Er entwickelte diese Analyse von ihrem Ausgangspunkt, dem großen amerikanischen Börsensturz an, bis in die jüngste Zeit hinein und zeigte die Auswirkungen dieser Krise mit konkreten Zahlen in den einzelnen kapitalistischen Ländern auf.

Als besonders bemerkenswertes Moment der jüngsten Zeit wies er auf das Uebergreifen dieser Krise in Frankreich hin, das bis vor nicht allzu langer Zeit von der Weltkriege unberührt geblieben war. Nach dieser wichtigen Feststellung wandte sich Genosse Wiedmeier der Lage in Deutschland zu, die einen sich ständig verschärfenden Charakter angenommen hat. Diese Verschärfung, die in den rapid anwachsenden Erwerbslosenziffern ihren sichtbarsten Ausdruck findet, muß sich aus der Weltwirtschaftslage der anderen Länder heraus immer weiter steigern, wozu noch einige besondere Umstände hinzukommen.

Wenn Deutschland dadurch, daß hier die Rationalisierung und der Lohnraub zuerst einsetzte, vor allem gegenüber England und Frankreich einen gewissen Vorsprung hatte, weil dadurch die Exportmöglichkeiten günstiger waren, so ist dieser Vorsprung beseitigt, weil die Weltwirtschaftskrise den anderen Ländern ebenfalls verschärfte Rationalisierung und verschärfte Lohnraub aufzwang. In Deutschland traten aber weitere zwei bedeutsame Momente der Verschärfung hinzu. Erstens die Verpflichtungen aus dem Young-Plan, und zweitens die anhaltende Kapitalflucht im eigenen Lande als Folge der fortschreitenden Radikalisierung aller werttätigen Schichten. Durch diese Kapitalflucht wird eine gewaltige Verknappung der Geldmittel im eigenen Lande hervorgerufen.

Monatlich 240 Millionen Mark muß Deutschland Kredit aufnehmen, um die Reparationen zu bezahlen. Die Auslandsschuld beträgt 27 Milliarden Mark. Jährlich 4 bis 5 Milliarden müssen aufgebracht werden für Schuldendienst und Zinsen.

Diese ungeheuren Lasten verjagt die Bourgeoisie rasch auf die Schultern der werttätigen Massen abzuwälzen, einmal durch immer größeren Steuerlasten und zum anderen durch Verschärfung des Lohnraubes. Parallel damit geht der Abbau der Sozialausgaben, insbesondere der Erwerbslosenunterstützung, so daß heute bereits in Deutschland über eine Million ausgesteuerte Erwerbslose zu verzeichnen sind. Daß auf diesem Wege die Bourgeoisie selber an der Absägung des Astes mitwirkt, auf dem sie sitzt, indem dadurch die Konsumfähigkeit auf ein immer tieferes Niveau sinkt, daran denkt die Bourgeoisie nicht. Sie rechnet damit, daß die so ausgebeuteten Massen entweder freiwillig irgendwas hergeben, oder falls dies nicht geschieht, der Faschismus diese „Ueberflüssiggewordenen“ vernichten wird.

Aber diese Rechnung hat natürlich ein großes Loch. Diese „Ueberflüssigen“, deren Zahl mit Einschluß ihrer Angehörigen in der kapitalistischen Welt

bei über 30 Millionen Erwerbslosen auf 75 bis 80 Millionen angewachsen ist, denken gar nicht daran, in irgendeiner Form freiwillig wie die Hunde zu verrecken.

Diese Millionen wollen kämpfen, und da die weitere Verschärfung der Weltwirtschaftslage immer neue Lohnabbauoffensiven und Verschlechterungen für weitere Schichten der Werttätigen im Gefolge haben muß, wächst auch die Armee der Kämpfer, deren Widerstandskraft immer neue Nahrung erhält durch die gegenseitige Entwidmung in der Sowjetunion. Während in der kapitalistischen Welt die Widersprüche zwischen arm und reich täglich aufsteigenden Charakter bekommen, und eine noch nie dagewesene Anarchie in der Wirtschaft erkennen lassen, sehen diese werttätigen Schichten in Rußland einen nachhaftig grandiosen Aufbau und Aufstieg.

Der Genosse Wiedmeier zeigte am Hand des Fünfjahresplanes diesen Aufstieg in der Sowjetunion auf, und erbrachte mit den bereits erzielten Erfolgen bei diesem Aufbau scharf und klar den Beweis, daß der Weg, den das russische Proletariat unter Führung der Kommunisten gegangen ist, der einzig gangbare Weg auch für die Arbeiter in den übrigen Ländern sein muß. Nachdem der Redner im Anschluß daran die Auswirkungen dieses überlegenen Aufstieges in der Sowjetunion besonders auf die angrenzenden Länder gestreift, beleuchtete er den Versuch Mussolinis, durch den Faschismus den Kapitalismus zu retten und zeigte, wie dieser Versuch daran ist, Schiffbruch zu erleiden.

Hierauf wendete sich Wiedmeier wieder den Verhältnissen in Deutschland zu, wo die Bourgeoisie dabei ist, ebenfalls mit Hilfe des Faschismus den bankrotten Kapitalismus wieder zu sanieren. Er besprach dabei die politischen Ereignisse der letzten Zeit, die alle in der Linie der Faschisierung liegen. Er hob dabei insbesondere die Umwandlung des Reichstages in ein Putsch-Parlament hervor und die völlige Aufhebung der Selbstverwaltung in den Gemeinden. Aber, so führte Genosse Wiedmeier aus, diese Faschisierung sei nicht etwa ein Zeichen von besonderer Stärke der Bourgeoisie und ihrer werttätigen Regierung, sondern spiegle unläugbar bereits die ungeheure Schwäche wider, die der Bankrott der Wirtschaft bereits herbeigeführt hat. Weil jeder Versuch, die Krise zu beheben, scheitert, deshalb der verzweiflungsvolle Versuch, mit Hilfe des Faschismus die unlösbar gewordene Situation zu meistern.

Wie der Faschismus in Deutschland zur Herrschaft kommen soll

Im letzten Teil seines Referats besprach Genosse Wiedmeier das Heranziehen des Faschismus in Deutschland und seine derzeitigen

Repräsentanten. Hierbei stellte er von vornherein fest, daß nichts so falsch sei als die Auffassung, als ob lediglich Hitler und Hugenberg diesen Faschismus darstellen würden. In Wirklichkeit bilde die Hitler-Partei mit den Hugenberg-Anhängern nur den einen Teil des Faschismus, während ein ebenso wichtiger Teil vom Zentrum und der das Zentrum stützenden Sozialdemokratie repräsentiert werde. Daß dem so ist, beweist der Kurs, den die Brüning-Regierung mit Hilfe der SPD. seit Monaten steuert, der von der ganzen sogenannten Demokratie nur den § 48 der Weimarer Verfassung übrig gelassen hat. Dadurch wird in eindeutiger Weise die Behauptung der SPD. widerlegt, daß dieser Brüning-Kurs gegenüber dem offenen Faschismus das „kleinere Übel“ sei, weil ja dieses „kleinere Übel“ nur das Mittel darstellt, mit dem die Bourgeoisie zur offenen faschistischen Diktatur übergehen will. Die SPD. wird demnach durch ihre Unterstützung der Brüning-Regierung selbst zu einer aktiven Kraft für die Herbeiführung dieser offenen faschistischen Diktatur.

Durch Massenstreiks zur Volksrevolution als einziger Ausweg

Nachdem so der Genosse Wiedmeier die Situation aufgezeigt, ging er im letzten Teil seines Referats dazu über, die Aufgaben aufzuzeigen, die sich daraus für die werttätigen Schichten ergeben, um das Ziel, den Faschismus zu vernichten, auch zu erreichen. Als schärfste und entscheidende Waffe neben dem wehrhaften Massenstreik muß die Entfesselung von Wirtschaftskämpfen, der politische Massenstreik stehen. Mit diesem Mittel gilt es nicht nur jeden Lohnraub zu verhindern, sondern den kampfhaften, verzweifelten Versuch zur Wiederbelebung des verfaulenden Kapitalismus zu verhindern.

Ausgehend von diesem Gedanken, muß als die wichtigste Aufgabe

Sonderkonferenz der sozialdemokratischen Delegierten

Nach der Rede des Genossen Reimann traten die sozialdemokratischen Delegierten zu einer Sonderkonferenz zusammen. Es sprachen Genossen aus Grünberg, Trausnitz, Liebau, Ohlau, Briesg, Rauscha und Kaulitz.

Alle diese Genossen waren seit langen Jahren Funktionäre in der SPD. und verwandten proletarischen Organisationen tätig und berichteten fast übereinstimmend von erfreulichen Erfolgen bei ihren Bemühungen zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

Sie alle erkannten, daß der Kampf gegen den Faschismus erfolgreich nur unter Führung der kommunistischen Partei geführt werden kann und beschwerten sich über die Führer der SPD., die diesen Kampf immer wieder bröckeln, hemmen und sogar aktiv bekämpfen.

Einen besonders tiefen Eindruck machten die Ausführungen des wehrhäftigen Genossen Alt aus Ludwigsdorf, welcher der SPD. bereits seit 49 Jahren angehört.

Er zog treffende Vergleiche zwischen dem Kampf in seiner Jugendzeit und der jetzigen Haltung der SPD.-Führer. Besonders erfreut war er über den Plan, mit dem sich jetzt überall die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus formiert. Er erklärte, daß die SPD. die besten Traditionen der SPD. aus ihrer revolutionären Jugendzeit, aus der Zeit Bebel's und Liebknecht's übernommen habe. Er war auch der Erste, der den Appell an die sozialdemokratischen Parteigenossen unterzeichnet, den wir auf der ersten Seite bringen.

Dieser Aufruf wurde von insgesamt 28 sozialdemokratischen Delegierten unterschrieben.

Ein langjähriger Betriebsfunktionär der SPD. kommt zur Partei Lenins

Kurz vor Schluß des Kongresses gab noch der Delegierte Gustav Pelz aus dem Kreis Schweidnitz sein Mitgliedsbuch, welches vom 1. Januar 1920 bis 1. März 1931 mit Beitragsmarken ausgefüllt ist, mit folgender Erklärung ab:

Ich sehe nun endlich ein, daß für einen ehrlichen Arbeiter kein Platz mehr ist in der Partei eines Roste und Wiffell. Als langjähriger Betriebsfunktionär der SPD. habe ich genug gesehen und gehört, um zu wissen, wie Arbeiterinteressen zertrütert und verraten werden. Mein Platz ist in der Partei Lenins.

Gustav Pelz, Konradswaldau, Kreis Schweidnitz.

Eine Anzahl von SPD.-Delegierten ging aber noch einen Schritt weiter und erklärte sofort den Uebertritt zur RPD.

Im Auftrage von neun sozialdemokratischen Delegierten aus Breslau, Trausnitz, Ohlau, Frankenstein, Ralsig und Konradswaldau begründete dann Genosse Briege, Trausnitz, in markigen Worten als erster Diskussionsredner im wiedereröffneten Plenum des Kongresses den Uebertritt zur RPD.

Nach ihm sprach der Jungarbeiter A. B. aus den Link-Gosmann-Busch-Werken über seine Erfahrungen im Kampf gegen Unternehmern und reformistische Betriebsräte.

Im Auftrage der Gruppe sozialistischer Schüler richtete der Jugendgenosse Werner einen stammenden Appell an den Kongress, in dem er mitteilte, daß die Einheitsfront unter den Jugendlichen mit stürmischen Schritten marschiere.

Aus Seitendorf sprach der Delegierte Fritz Bollmar, der bisher Mitglied der SPD. war. Er enthielt den arbeitserfindlichen, faschistischen Charakter dieser angeblichen „Arbeiterpartei“ und empfahl allen Arbeitern, die wie er, früher auf den Schwimmbel der Nazis hereingefallen waren, den sofortigen Uebertritt zur RPD.

Nach der Genossin Domonik als Vertreterin des Komitees werttätiger Frauen, sprach dann die SPD.-Genossin Sabath, über deren Auftreten wir gestern bereits kurz berichtet haben.

Anschließend daran wies Genosse Bollweber darauf hin, daß sich die Delegierten darüber klar sein müssen, daß sich die faschistische Gefahr nicht lediglich in der nationalsozialistischen Partei verberge. In zündenden Worten, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurden, zeigte er die Rolle der Sozialfaschisten als aktive Kraft für die Herausbildung der faschistischen Diktatur. Höchste Aktivität ist notwendig, mehr denn je müssen wir jetzt das Wort des großen Revolutionärs Danton beherzigen:

Rühnheit, Rühnheit und noch einmal Rühnheit!

Als daraufhin die Nachricht von dem Verbot des Kampfbundes gegen den Faschismus in der Pfalz bekanntgegeben wurde, brach der Kongress spontan seine Enttäuschung zum Ausdruck.

Nachdem dann noch der SPD.-Genosse Bohan und der Genosse Fromelt aus Ralsig, Kreis Grünberg, welcher der SPD. seit 27 Jahren als Funktionär angehört, ihre erschütterliche Bereitschaft zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront zum Ausdruck gebracht hatten, wurden dann die Resolution zum Aktionsauschuß vorgenommen.

Der einstimmig gewählte Aktionsauschuß, der den weiteren Kampf gegen den Faschismus leiten soll, setzt sich aus sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern, Landwirten, Klein- und Gewerbetreibenden, aus Erwerbslosen und Betriebsarbeitern, aus Jungkommunisten, Reichsbannerkameraden und SA.-Mitgliedern zusammen.

Die Delegierten gelobten, die Arbeit des Aktionsauschusses mit allen Kräften zu unterstützen und die Kräfte zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront unter Führung der RPD. zu vervielfältigen.

Der ganze Kongress war von einem stürmischen Kampfwillen getragen, der sich besonders nach dem Schlußwort des Genossen Wiedmeier in endlosen Beifallsausdrücken äußerte.

Der Young-Stat der Brüning-Diktatur

71 Prozent der Einnahmen aus Massensteuern und Zölle — Um weitere 250 Millionen Mark werden Besitzsteuern gesenkt — Schärfster Kampf dem Hunger- und Kriegsetat

von Walter Stöcker

Der ausgezeichneten Märznummer des „Roten Wählers“, die eine Fülle von Material über den Brüning-Stat enthält, entnehmen wir folgenden Leitartikel:

Im Mittelpunkt des politischen Kampfes steht in den Monaten Februar und März neben den neuen Hungerzöllen Schleiches und dem sogenannten Steuerprogramm, das den Großagrariern wieder eine Milliarde auf Kosten der Werktätigen in den Rücken werfen soll, der Klassenetat der Youngrepublik.

Dieser Truistat, genannt Reichshaushalt, ist das Hauptbuch der staatlichen Finanzwirtschaft des Reiches und spiegelt die Klassenherrschaft des deutschen Truistatpals mit seiner

unerhörten Massenausplünderung und Profitwirtschaft nur zu deutlich wider.

In seinen Einnahmen wie in seinen Ausgaben ist der Haushalt der Brüning-Regierung ein ausgesprochener Klassenetat im Sinne der Truistat, Banken, Börsen und des Großgrundbesitzes.

Das von Hermann Müller und Hilferding in den 1 1/2 Jahren ihrer letzten Koalitionsregierung begonnene Werk auf Abbau der Sozialausgaben, Minderung der Besitzsteuern und Erhöhung der Massensteuern wird in dem diesjährigen Stat in brutaler und geradezu herausfordernder Weise fortgesetzt.

Entsprechend den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Reichsetat diesmal auf 10 659,9 Millionen festgesetzt, das sind 1 425,2 Millionen, also fast anderthalb Milliarden weniger als im vorigen Jahre, in dem der Stat 12 079,1 Millionen betrug.

Das sind zusammen 1 085,1 Millionen! Hinzu kommen noch die Ausgaben für die Verpflegung der Offiziere der alten Wehrmacht im Betrage von 210,1 Millionen, so daß

Insgesamt für die Kriegsvorbereitung aus dem Reichsetat 1 1/4 Milliarde, genauer 1 245,2 Millionen Mark, ausgegeben werden.

Rechnen wir die Beträge von 3 885,2 Millionen Mark für die inneren und äußeren Kriegskosten und 1 085,1 Millionen für die neue Kriegsvorbereitung zusammen, so kommen wir auf einen

Betrag von 4 700,3 Millionen Mark, die in diesem Jahre von der Youngrepublik für den letzten und den kommenden imperialistischen Krieg ausgegeben werden.

Von 10,6 Milliarden 4,7 Milliarden Mark, also etwas weniger als die Hälfte für den imperialistischen Krieg!

Das ist das wahre Bild dieses Stats der kapitalistischen Hindenburg-, Brüning- und Hermann Müller-Republik.

Die Ausgaben des eigentlichen Wehretats (Reichswehr, Marine und Verpflegung der neuen Wehrmacht) beziffern sich in diesem „Spar- und Notjahr“ auf 755,4 Millionen gegenüber 768 Millionen im Vorjahre. Diese Senkung von 12,6 Millionen bedeutet aber angesichts der 18,9 Millionen, die durch die Gehaltskürzung gespart werden und von 9,9 Millionen erhöhter Einnahmen (Verkauf von Kriegsschiffen und sonstigen Materialien) tatsächlich eine Erhöhung der Ausgaben für die Kriegsvorbereitung.

Der im Stat vorgesehene Bau der Panzerkreuzerflotte wird allein dreihundert Millionen kosten.

Neue Hungerzölle werden das Elend noch steigern

In seinen Einnahmen zeigt dieser Youngetat, daß 71 Prozent der 10,6 Milliarden durch Massensteuern und Zölle aus den wertvollsten besitzlosen Massen herausgesaugt werden durch ein unerhörtes raffiniertes Steuerregime. Die Besitzsteuern werden in diesem Jahre wiederum um 1/2 Milliarde gesenkt, die Massensteuern dagegen beträchtlich erhöht. (Einkommensteuer, Kopfsteuer, Gemeindegetränksteuer usw.)

Neue Hungerzölle auf die wichtigsten Lebensmittel werden das Elend noch steigern.

Ebenso empörend sind die Ausgaben ziffern dieses Truistats. Mehr als ein Drittel, nämlich 3 665,2 Millionen werden für die Youngtribute, für die äußeren und inneren Kriegskosten ausgegeben.

1 793,7 Millionen für die Youngtribute,
320,1 Millionen für die inneren Kriegskosten,
1 551,4 Millionen für die Verpflegung der Kriegsteilnehmer der neuen und der alten Wehrmacht.

Zus.: 3 665,2 Millionen für äußere und innere Kriegskosten!

Das zweite Drittel des Stats, nämlich 3 172,5 Millionen, wird an die Landesregierungen überwiesen und dient dort fast ausschließlich zur Aufrechterhaltung des kassenstaatlichen Machtapparates der Polizei, der Justiz, der Kirche usw.

Für die Reichsausgaben bleiben also nur noch 3 816,2 Millionen. Da hiervon wiederum 908 Millionen für den Schuldenzins (äußere und innere Anleihen) ausgegeben werden, bleiben schließlich nur noch 2 908,2 Millionen für die tatsächlichen Reichsausgaben.

Von diesem Betrag aber werden für die imperialistische 755,4 Millionen für die Reichswehr und Marine,
43,7 Millionen für die Luftwaffenrüstung,
195 Millionen für die Militarisierung der Polizei,
41 Millionen für offene und verdeckte Rüstungsausgaben.

700-Millionen-Raub im Sozial-Stat

den Vertretern des Monopol- und Finanzkapitals zu gering

Diesen ungeheuren Summen für den imperialistischen Krieg stehen trotz gegenüber die Senkung der Sozialausgaben um etwa 700 Millionen, wobei vor allem die Erwerbslosen, aber auch die Kriegsschädigten, die Invaliden, die Wütter und hungernden Schulkinder betroffen werden. Rechnen wir dazu die Senkung der Ausgaben in der Krankenversicherung, in der

Arbeitslosenversicherung und die Kürzung der Ausgaben für den Wohnungsbau, so werden den Werktätigen hierdurch allein 2,2 Milliarden genommen, wozu dann noch kommen der ungeheure Lohnraub an Arbeitern und Angestellten, der bis jetzt schon auf mindestens 8 Milliarden Mark berechnet werden muß, und der empörende Steuer- und Zollraub, der etwa 3-4 Milliarden beträgt.

Doch zurück zum Brüning-Stat. Die Kürzungen der direkten Sozialausgaben um 700 Millionen genügen den Schwerindustriellen noch nicht. Sie verlangen durch die Deutsche Volkspartei kategorisch einen weiteren Abbau von 300 Millionen Mark und fordern weitere Kürzungen der Ausgaben für Erwerbslose und Invaliden. Brüning lam auch diesem Befehl sofort nach und erklärte sich bereit, auf Grund eines „Ermächtigungsgesetzes“ diese neuen Kürzungen im Stat vorzunehmen.

Neue Steuergesetze an die Besitzenden, Erhöhung der Massensteuern, noch weiterer Abbau der elenden Hungerunterstützung für die 5 Millionen erwerbslosen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, Kürzung der Ausgaben für die Invaliden, Kriegsbeschädigten, Kleinrentner, gebärenden Wütter und hungernden Kinder, weitere brutale Senkung des Lebensniveaus der besitzlosen Massen, das ist das arbeitserfindliche Programm dieses Brüning-Stats.

Empörende Einzelziffern aus dem Stat zeigen das ungeheure Masseneid und die Not der Werktätigen in der Youngrepublik, enthalten drastisch das wahre Gesicht dieses sogenannten „Volkstaates“, dieser kapitalistischen Raub- und Profitwirtschaft, dieser „Kultur“ und „Zivilisation“, die längst zum

Die Angestellten gehören zu uns!

Was müssen wir von der Psychologie der Angestellten wissen, um sie zu gewinnen?

Nach der materialistischen Geschichtsauffassung wird das Bewußtsein der Menschen geformt durch ihr materielles Sein. Leider mühten Marx und Engels — wie Engels selbst auch einmal feststellt — sich allzu sehr mit der Deonomie (Wirtschaftslehre) befassen, so daß ihnen nicht genügend Zeit blieb, für die Beziehungen zwischen Deonomie und Ideologie (geistiger Einstellung) mehr als die Grundlagen aufzuzeigen. Ihre allgemeinen Feststellungen durch spezielles Studium zu vertiefen, in der Praxis anzuwenden und schließlich in der Propaganda nutzbar zu machen, haben sie ihren Schülern vorbehalten.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem wirtschaftlichen Sein der Menschen und ihrem Bewußtsein sind mannigfaltige. Versuchen wir einige davon anzudeuten an Hand einer bestimmten sozialen Kategorie (Schicht), den Angestellten.

Ueber die Notwendigkeit, diese zahlenmäßig sehr starke wirtschaftliche Gruppe in die Klassenfront einzureihen, besteht nicht nur keine Frage, sondern sowohl die Partei wie der Jugendverband sind einig über die ungeheure Wichtigkeit der Lösung dieser Aufgabe für die Organisierung der Volksrevolution. Ebenso klar steht man aber über die Schwierigkeiten, die das Problem bietet. Einige Wege zu ihrer Ueberwindung zu weisen, ist Zweck dieser Untersuchung.

Die Entwicklung des Kapitalismus in seinen letzten Phasen hat in freigelegtem Maße zur Verschlechterung der Lebenshaltung der Angestellten geführt. Die funktionelle Verbundenheit mit der zyklischen (von Zeit zu Zeit wiederkehrenden) Krise hat diese Entwicklung gewaltig beschleunigt und verschärft. Die Masse der Angestellten ist ökonomisch zu einem Teil des Proletariats geworden. Wie hat sich dieser ökonomische Vorgang auf die Ideologie ausgewirkt? Haben die Angestellten bereits ihre Klassenlage erkannt? Mit nichten. Sie sind zum großen Teil indifferent geblieben, zum anderen Teil sind sie das Opfer raffinierter Betrüger geworden, die die Interessen ihrer Klassenfeinde vertreten. Bei Erklärung dieser Tatsache wollen wir abschließend von den vielen Fehlern und Unterlassungen absehen, die auf unser Konto kommen, vielmehr uns auf die Ursachen beschränken, die in den Angehörigen dieser Schicht selbst gegeben sind.

Die Ideologie, der „geistige Ueberbau“, paßt sich den Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur nicht an, sie verändert sich vielmehr langsam und schwerfällig, sie bleibt zeitweilig auf einer Stufe zurück, die von der ökonomischen Entwicklung bereits überholt ist.

Die Angestellten gehören zu der Zwischenklasse des Kleinbürgertums, welches in seiner Gesamtheit im wesentlichen demselben Prozeß durchläuft wie sie, das heißt also „proletarisiert“ wird. Den Sinn dieses wirtschaftlichen Prozesses haben sie bisher nicht erfasst, sie haben zum großen Teil noch die ideologische Einstellung, die einer früheren Stufe des Kapitalismus entsprach, nämlich einer Stufe, wo der Proletarisierungsprozeß noch nicht eingesetzt hatte, wo sie tatsächlich noch „kleine Bourgeoisie“ waren.

Wie sah diese Ideologie aus und wie wird sie erhalten? Es gibt Reiche und Arme, keine Leute und gewöhnliche, Vornehme und Proletarier, „einfache“ Arbeiter... Die letzteren bewunderte man zwar allenfalls ob ihres Loses, ihrer Armut, aber man war ebenso überzeugt, daß dies „eben nicht zu ändern“ wäre, wie davon, daß „man selbst“ gottschuldig zum bevorrechtigten, besseren Stande gehörte. Zwar rechnete man ja nicht zu den ganz Reichen, aber man bewunderte ihre Sitten und Gewohnheiten peinlich genau abzugucken und

nachzuahmen. Man sprach die hochdeutsche, gezierte Sprache der Begüterten, schickte die Kinder auf die „hohe“ Schule und zog einen scharfen Trennungstrieb zu den „Ungebildeten“, den „Gewöhnlichen“ (Das Wort „Untermenschen“ war leider noch nicht erfunden). Die Diktatoren der Großbourgeoisie (Schulen, Kirchen, Vereine) förderten die Entwicklung dieser Ideologie von Kindesbeinen an. Hand in Hand damit verläufte man das beim Kind von Natur aus vorhandene Minderwertigkeitsgefühl, das durch das Aufwachsen in der Familie, die ja auch nur ein Produkt der bestehenden Eigentumsverhältnisse ist, sowie eine unerhörte Steigerung erfährt. Der Staat wurde als göttgewollte, unveränderliche Ordnung dargestellt, den zu leiten nur wenige von der Vorsehung bestimmte Führer imstande und berechtigt sind. Der Normalmensch sei zu solchen Aufgaben unfähig, er habe sich um Politik nicht zu kümmern. All dies muß man als Marxist begreifen lernen, um die weitere Entwicklung zu verstehen.

Mit der zunehmenden Proletarisierung erfolgt daher zunächst nicht das Erkennen der neuen Klassenlage und die Rebellion dagegen, sondern dumpfe Resignation, Verzweiflung ob den „Schicksalsschlägen“. Das eigene Gefühl der Minderwertigkeit und Unfähigkeit wird natürlich auf alle Unterdrückten übertragen, die Arbeiter hatte man ja schon früher als Menschen niedriger Klasse verachten gelernt. Der Gedanke, daß von dem „gewöhnlichen, ungebildeten Volk“ der Weg aus dem Elend gezeigt werden könne, schien absurd! Das Kleinbürgertum hatte sich ja immer im Schlepptau der Großbourgeoisie befunden, nie ein eigenes Klassenbewußtsein entwickeln können. Wie hatte es die Möglichkeit des Sprungs erfahren können: Alleinständ wir nichts, vereint eine Macht! Trotz steigender Not grenzten sie sich durch einen Haß von Vorurteilen vor den Arbeitern ab, hielten sich immer noch „für etwas Besseres“. So wurden sie die Opfer einer neuen Illusion, des Nazismus. Hier war ein Führer, der versprach, sie „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen, der nur verlangte, daß sie ihm blind gehorchten. Im Gefühl eigener Ohnmacht und Minderwertigkeit vertrauten sie sich Hitler an... Doch die Tatsachen führen eine harte Sprache! Immer mehr müssen sie erkennen, daß sie einem Betrüger in die Hände gefallen sind, der ihre Interessen verrät.

Nun ist es unsere Aufgabe, zu verhindern, daß sie voll Enttäuschung einer dumpfen Verzweiflung verfallen. Dazu gehört als erstes, daß wir ihnen die Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen. Sie müssen erkennen, daß sie ökonomisch zum Proletariat gehören, daß die Unternehmer auf ihre „Bildung“ und „bessere Herkunft“ pfeifen. Daß sie von der Lohnsklaverei genau so getrieben werden wie die Fabrikarbeiter, daß die kapitalistische Rationalisierung auch sie auf das Pflaster wirft. Daß der Staat keine göttliche Ordnung ist, sondern ein Werkzeug der Großbourgeoisie, um alle Wertigkeiten niederzuhalten. Wir müssen ihnen das Gefühl ihrer Minderwertigkeit und Ohnmacht nehmen und das Bewußtsein der eigenen Kraft wecken: die Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen kann nur das Werk der Arbeiter und des Volkes selbst sein! Dazu ist notwendig, daß wir uns für ihre konkreteren Tagesforderungen einsetzen und sie unterstützen, freilich nicht ohne ihnen immer klar zu machen, daß die Wurzel des Übels im privatwirtschaftlichen System liegt, und daß erst die Beseitigung des Kapitalismus die Voraussetzungen schafft für eine Gesellschaftsordnung, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist!“

Zum Internationalen Frauentag am 8. März

demonstrieren die gequälten Frauen und fordern:
Hinweg mit dem Abtreibungsparagrafen 218!
Einstellung aller gegen Frauen wegen § 218 eingeleiteten Verfahren!
Amnestierung der auf Grund des § 218 verurteilten Frauen!
Hinweg mit der Regierung Brüning!
Befreiung von der Fessel des § 218 bringt erst ein Sowjetdeutschland!

Untergang weiß ist und den Todesstoß durch das aufsteigende revolutionäre Proletariat verdient.

Milieufragen für das internationale Kapital, ungeheure Subventionen an Großindustrielle und Großagrarien, Milliardenbeträge für die Kriegsvorbereitung und den staatlichen Machtapparat auf der einen Seite, weitere riesenhafte Senkung der Sozialausgaben auf der andern Seite — das ist der Truistat dieser Republik!

Und diesem arbeitserfindlichen Stat geben die nationalsozialistischen Regierungen von Braunschweig und Thüringen, geben Frid und Franzen im Reichsrat ausdrücklich ihre Zustimmung.

Und diesem Stat werden ebenfalls die Sozialdemokraten, die Hermann Müller, Hilferding, Severing und Breitscheid, wie auch die Seydewitz und Rosenfeld annehmen.

Das deutsche Finanzkapital kann sich auf seine schändlichen und sozialfaschistischen Parteien verlassen. Das Proletariat aber ist das Opfer dieser Truistat!

So gehört der Brüning-Stat zum ökonomischen Programm der Durchführung der faschistischen Diktatur. Die außerordentlich enge Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstages, die weitere Drosselung der Rechte der Opposition, der bisher nie dagewesene Raub der Immunität der kommunistischen Abgeordneten unter Führung der Sozialfaschisten sollen der Durchführung dieses arbeitserfindlichen Programms dienen.

Es wird höchste Zeit, daß sich alle Werktätigen, alle Ausgebeuteten zu der großen proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen den Hunger- und Kriegsetat Brüning und Hermann Müllers brüderlich zusammenschließen.